

US-amerikanische Konzentrationslager

Frühjahr 1945: Deutsche Kriegsgefangene im "Lager" Sinzig - Remagen

*"Es war bewußt herbeigeführte USArmy Politik, kein Obdach oder anderen
Komfort in den Gefangenen-Käfigen zu gewähren."*

-- Saturday Night --, September 1989



Dipl. Pol. Udo Walendy

US-amerikanische Konzentrationslager

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialetische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

"Nach dieser absonderlichen Analyse, die dem Autor in Toronto, Washington, Zürich, New York, London und Paris ebenso wie in Deutschland vorgetragen wurde, ist die Gefahr des Nazismus so groß, daß wir an unseren Lügen festhalten müssen, ganz gleich, was sie verdecken. Diese bizarre Vorstellung, die eine angenehme und eine unangenehme Wahrheit voraussetzt, bedeutet, daß eines der Merkmale der Wahrheit darin bestehe, daß man sie zum eigenen Vorteil definieren kann. So sehr korrumpt jener Krieg noch immer unseren Geist."

James Bacque "Der geplante Tod", Frankfurt/M - Berlin 1989, S. 186.

"Wie Sie ihn hier sehen, kommt er gerade zurück (von seiner Kongreßrede am 4. Januar 1939), nachdem er soeben den Diktatoren öffentlichen Trotz entgegengeschleudert, ein großes US-Rüstungsprogramm verkündet und die Amerikaner aufgefordert hat, sich darauf vorzubereiten, nicht nur ihre Heimstätten zu verteidigen, sondern auch ihre Glaubenssätze von Treue und Humanität . . . Die Verteidigung der Religion, der Demokratie und des guten Willens zwischen den Nationen' sagte er, 'ist ein und derselbe Kampf. Indem wir das eine sichern, müssen wir uns nun darauf einstellen, alles zu retten.'

Einmal bereits leisteten die Amerikaner dem Ruf eines heroisch-entschlossenen Präsidenten zu einem Kreuzzug, die Welt für die Demokratie zu gewinnen, Folge. Ein und ½ Jahrzehnt danach beobachteten sie mit wachsender Enttäuschung, wie die Demokratie in einem Land nach dem anderen durch Kräfte des Nachkriegschaos, der Erniedrigung und Verzweiflung zugrunde gerichtet wurde. In ihren Köpfen wuchs die machtvolle Überzeugung, daß Krieg die Demokratie nicht sichert, sondern zerstört, daß sie der Demokratie am besten zu Hause dienen, indem sie nicht mehr an den Streitereien fremder Länder teilnehmen. 1935 verkörperte die Neutralitätsgesetzgebung diese Überzeugung, die von ihren Repräsentanten im Kongreß verabschiedet wurde.

Präsident Roosevelt hat diese Überzeugung der Mehrheit niemals geteilt. Er glaubte, daß die gewaltige Macht Amerikas zur Durchsetzung einer Weltjustiz eingesetzt werden sollte. . . . Nun erneuert der Präsident in seiner Botschaft an den Kongreß seine Chicago-Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts oder Embargos gegen die Aggressoren und fordert eine Aufhebung der Neutralitätsgesetzgebung, um dies möglich zu machen ."

Life, 16. Januar 1939, S 11.

Copyright
by

Verlag für Volkstum und Zeitge-
schichtsforschung

D 4973 Vlotho/Weser Postfach 1643
1990

ISSN 0176 - 4144

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162 -433 (BLZ 360 100 43)
Kreissparkasse Herford 250 00 2532 (BLZ 494 501 20)

Druck: Kölle Druck D.- 4994 Pr.Oldendorf

Konzentrationslager in den USA

So nach und nach sickern immer mehr Informationen durch, die uns ein Bild davon vermitteln, wie "humane Rechtsstaaten mit demokratischer Verfassung" in Kriegszeiten mit fremden Landsleuten eigener Staatsangehörigkeit umzugehen pflegten. Konkret: Die USA-Regierung mit den US-Bürgern japanischer Herkunft 1941 - 1945. Hatten wir schon kurz darüber in *Historische Tatsachen* Nr. 34, S 15 - 16 berichtet, so wollen wir doch den "Markt der schönen Lügen - Wie Hollywood den Zweiten Weltkrieg erlebte" aus der Zeitschrift *Der Spiegel* vom 4.4.1988 (Nr. 14), S. 132 - 146 für die historische Wissenschaft erhalten. Wesentliche Darlegungen aus dieser "Serie" seien daher wörtlich zitiert:

"Innerhalb von zwei Stunden nach der Meldung aus Honolulu (7.12.1941 - japanischer Angriff auf die US-Flotte in Pearl Harbor, Hawaii) ... begann man mit den ersten Festnahmen. Die Polizei wartete etwa am Fähranleger in San Pedro, griff sich von den ankommenden Fahrgästen alle heraus, die japanisch aussahen, und pferchte sie in einen Drahtverhau am Pier.

Das Baseballteam des Paramount-Studios war gerade mitten in einem Spiel gegen die 'Los Angeles Nippons', als die Nachricht von Pearl Harbor kam. 'Die FBI-Leute ließen noch zu Ende spielen', berichtete *The Hollywood Reporter* mit hämischer Freude über den 6:3-Sieg der Paramount, 'dann kassierten sie die Japse'.

Die Behörden verkündeten immer wieder, es handle sich nicht um eine allgemeine Internierung, das FBI habe jeden Einzelfall sorgfältig geprüft und nur potentielle Saboteure herausgesucht. Eine Delegation der japanisch-amerikanischen Bürgerliga sprach bei Bürgermeister Fletcher Bowron im Rathaus vor, um ihn ihrer Vaterlandsliebe zu versichern. 'Behandelt uns wie Amerikaner', sagte der Sprecher der Liga, Fred Tayama. 'Gebt uns die Chance, unsere Loyalität zu beweisen'. Bowron lächelte höflich, aber inzwischen hatten die führenden Geschäfte in Klein-Tokio meist zugemacht, und sie blieben geschlossen. In Hollywood beschwerten sich die Leute, daß die Gärtner alle verschwunden



Abtransport von Japan-Immigranten in Kalifornien 1942:
"Treibt sie zusammen" - *Der Spiegel*, Nr. 14/1988, S. 141.



Internierungslager für US-Japaner 1942: "Es waren Konzentrationslager, kein Zweifel"

- *Der Spiegel*, Nr. 14/1988 S. 139.

Demokratie für alle?

Inzwischen sind in den USA über dieses Thema zahlreiche Bücher erschienen, so daß es möglich ist, den Gesamtkomplex der amerikanischen Konzentrationslager abgerundet darzustellen.

Zur Einwanderungssituation in den USA

Zentrales und lange gültiges Einwanderungsgesetz in den USA war jenes Gesetz von 1790, das lediglich "freien Weißen" die Einwanderung gestattete. Die Verfassung von Kalifornien hat 1879 Asiaten von der Einbürgerung ausgeschlossen. 1882 hat ein US-Bundesgesetz den Chinesen die Einbürgerung versagt. 1911 verfügte das Einwanderungs- und Naturalisationsbüro, daß nur Weiße oder Afrikaner in den USA eingebürgert werden können. 1913 sorgte in Kalifornien das Alien-Land-Act (Fremden-Land-Gesetz) dafür, daß Land nur Staatsbürger kaufen oder über 3 Jahre hinaus pachten dürfen. 1924 wurde das Chinese Exclusion Act (Aussperrungsgesetz für Chinesen) von 1882 auf alle Asiaten ausgedehnt und hieß fortan Oriental Exclusion Act. 1930 verloren amerikanische Frauen, die einen nicht einbürgerungsfähigen Fremden heirateten, ihre US-Staatsbürgerschaft.

Die Gewerkschaften von San Francisco, fast die gesamte Westküsten-Presse sowie zahlreiche einflußreiche Organisationen¹⁾ waren die treibenden Kräfte für diese rassistische Einstellung.

Im Jahr 1910 waren 72.157 Japaner in Festland-USA und weitere 77.706 in Hawaii sesshaft geworden. 1941 lebten auf dem US-Kontinent 127.000 Japan-Amerikaner, davon 113.000 in den 4 Weststaaten Kalifornien (hier 94.000), Washington, Oregon und Arizona. Hiervon waren 47.000 in Japan geboren. Ihnen war die US-Staatsbürgerschaft verweigert worden. 80.000 waren geborene US-Staatsbürger. In

den westlichen Staaten der USA war Heirat zwischen Japanern und andersrassigen Einheimischen verboten, auch gab es dort zahlreiche Berufsbehinderungen.

Bei der Einwanderung zu Beginn dieses Jahrhunderts waren sie als Arbeiter auf den Zuckerrübenfeldern, überhaupt in der Landwirtschaft, aber auch beim Eisenbahnbau willkommen, allerdings nur als lohnabhängige Arbeiter, nicht als Bürger, nicht als Selbständige.

Personen japanischer Herkunft hatten auf Grund der genannten Einwanderungsgesetze keine Möglichkeit einer Einbürgerung, sondern behielten ihre japanische Staatsbürgerschaft und galten seit Dezember 1941 als Angehörige von Feindstaaten (enemy aliens). Sie wurden als Issei²⁾ bezeichnet im Gegensatz zu ihren in den USA geborenen Kindern — den Nisei²⁾ —, die kraft ihrer Geburt in den USA automatisch zu amerikanischen Staatsbürgern wurden.

Am 22.5.1940 empfahl Präsident Franklin Delano Roosevelt in seiner Kongreßbotschaft die Übertragung der Einwanderungs- und Naturalisationsbehörde vom Arbeitsministerium auf das für staatliche Eingriffs- und Strafmaßnahmen eher geeignete Justizministerium. Die Ausländerüberwachung wurde damit intensiviert und eventuelle Zugriffsmöglichkeiten ähnlich denen zur Zeit des Ersten Weltkrieges vorbereitet. F.D. Roosevelt war damals, wie Generalstaatsanwalt Francis Biddle in seinen Memoiren mitteilt, gewillt, sämtliche 600.000 deutschstämmigen Amerikaner zu internieren, wobei er die Italiener nicht für gefährlich hielt.³⁾ Nun, die Engländer hatten es ihm nach dem Frankreichfeldzug mit der Internierung aller Deutschen und Österreicher, unter ihnen in der Mehrzahl sogar ausgewanderte Juden, vorgemacht.³⁾

Der Haß wird geschürt

Nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor am 7.12.1941 — von der Vorgeschichte hatte die Öffentlichkeit so gut wie nichts erfahren — be-

1) Native Sons of the Golden West, California Grange Association, American Legion, Japan Exclusion League, American Federation of Labor in California, Associated Farmers, Grower Shipper, Vegetable Association, American Educational League, Western Growers Protective Association, Pacific League... Nicht zu vergessen das Joint Immigration Committee unter seinem Direktor und Presse magnaten V.S. McClatchy.

2) Die Bezeichnung "Issei" entstammt einer Kombination der japanischen Worte für "eins" und "Generation"; "Nisei" entsprechend "zwei" und "Generation".

3) Roger Daniels, "The Decision to Relocate the Japanese Americans", Philadelphia - New York - Toronto, 1975 S. 10.

gründeten die "Manager der öffentlichen Meinung" im Westküstenbereich eine Kriegspropaganda-Hysterie unter dem besonderen Aspekt einer "5.-Kolonne"-Agitation, bei der langjährige, vornehmlich auch kommerzielle Gesichtspunkte gegen die japanische Volksgruppe in Amerika zum Tragen kamen. Insbesondere waren es die Hearst-Presse und die kalifornischen Massenblätter von McClatchy (*Sacramento Bee*, *Los Angeles Times*, *San Diego Union*, *Seattle Post Intelligencer*), die in unaufhörlicher Folge begannen — und im Prinzip fortsetzten —, einseitig, aufputschend, unwahr zu berichten. Die japanische Volksgruppe stand dem ziemlich wehrlos und schutzlos gegenüber, zumal die im Berufsleben stehenden Japaner meist Issei, also keine US-Staatsbürger waren, während die Nisei wirtschaftlich abhängig waren. Noch nachteiliger für sie wirkte sich aus, daß die höheren Militärs aus dem Westküstenbereich, aber auch aus Washington eigene Initiativen ergriffen, um der Presseagitation besondere Nahrung zu geben.

Am 8.12.1941 hatten die Behörden den Issei sämtliche Bankguthaben gesperrt, auch ihren Warenbestand, so daß sie einen solchen nicht mehr verkaufen konnten (ein monatlicher Verfügungsbetrag von 100 Dollar wurde schließlich wieder freigegeben); Fischfang, der öffentliche Gebrauch der japanischen Sprache untersagt. Ihre Geschäfte wurden geschlossen

oder boykottiert. Die Nisei, also die US-Bürger japanischer Abstammung, wurden in der Praxis den "Angehörigen der Feindstaaten" gleichgestellt. Auch sie durften nicht mehr reisen, wurden zumeist aus privaten Berufen wie aus öffentlichen Institutionen entlassen und verfielen dem gleichen Boykott wie die Issei. Auch Farmen wurden boykottiert, Pachtverträge gekündigt. Der Ruf nach Entzug der US-Staatsbürgerschaft für die Nisei und nach grundsätzlicher Deportierung erhielt allgemeinen Charakter. Sogar die Forderung nach ihrer Sterilisierung machte die öffentliche Runde.⁴⁾

Neben dem bereits zitierten Walter Lippmann machte sich auch der Leitartikelschreiber Westbrook Pegler stark, der seit Dezember 1941 Konzentrationslager für seine japanischen Mitbürger forderte: Am 12. Februar 1942 unterbreitete er der Öffentlichkeit:

"Die Japaner in Kalifornien sollten bis zum letzten Mann und zur letzten Frau unter bewaffnete Bewachung gestellt werden. — Zur Hölle mit Habeus Corpus." ⁵⁾

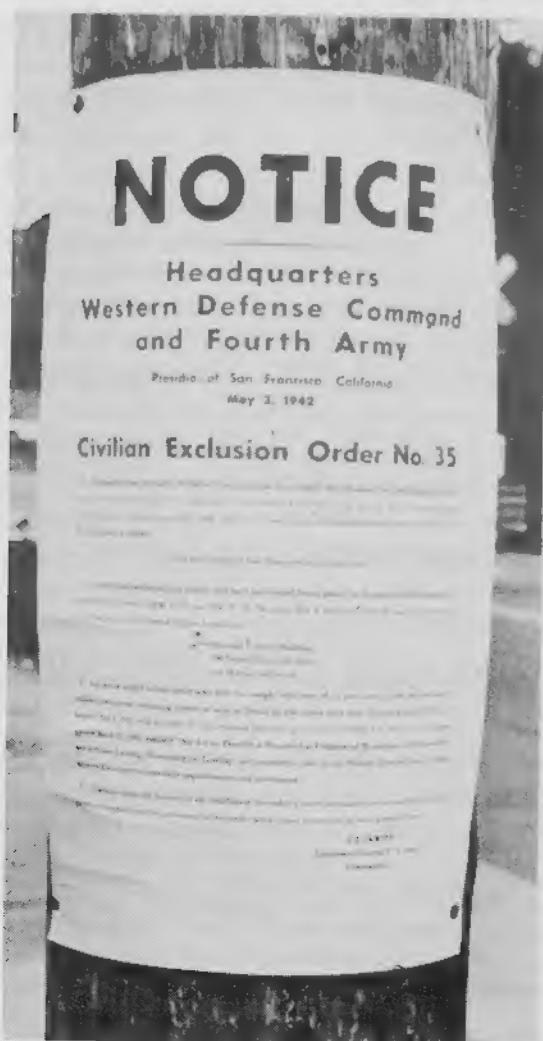
Generalstaatsanwalt von Kalifornien, Ulysses S. Webb, strengte eine Gerichtsentscheidung an, um die Nisei ihrer Staatsbürgerschaft zu berauben (er fiel damit durch). Senator Tom Stewart von Tennessee bemühte sich, alle Personen japanischer Abstammung — auch jene, die nicht im westlichen Verteidigungsgebiet lebten — in Konzentrationslager zu stecken.⁶⁾

Selbst das Kriegsministerium verlautete:

"Die japanische Rasse ist eine feindliche Rasse. Rassische Gemeinsamkeiten sind nicht durch Einbürgerung aus der Welt zu schaffen." ⁶⁾

Am 15.12.1941 erklärte Marineminister Frank Knox nach seiner Blitzinspektion in Hawai der Presse, daß in Hawai die wirksamste 5.-Kolonnen-Arbeit des Krieges geleistet worden sei, also Untergrundvorbereitung einheimischer Kräfte in Zusammenarbeit mit dem Gegner, was in Wirklichkeit gar nicht der Fall war. Ergebnis, das sich nach und nach durchsetzte: Radio- und Pressekommentatoren, Handelskammervertreter, Sprecher großer Organisationen, schließlich Kongreßabgeordnete drängten in ständiger Agitation auf Evakuierung sämtlicher Issei und Nisei sowie Entlassung der Nisei aus den Zivil- und Militärdiensten.

Selbst der zuvor gemäßigt erscheinende Generalstaatsanwaltschaft von Kalifornien, Earl Warren kam



4) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal — The Evacuation of the Japanese-Americans During World War II, London 1969, S. 105.

5) Roger Daniels, "The Decision to Relocate the Japanese Americans", aaO S. 47.

6) Thomas James, "Exile Within — The Schooling of Japanese Americans 1942 - 1945", Cambridge, Massachusetts, - London 1967, S. 22 - 23.

zu der Schlußfolgerung, daß hinsichtlich der japanischen Situation etwas unternommen werden müsse, um eine Wiederholung von Pearl Harbor in Kalifornien zu verhindern.

Die *Los Angeles Times* erklärte am 2.2.1942 in ihrem Leitartikel, daß sämtliche japanische Amerikaner potentielle Feinde seien, und erläuterte dies mit dem Beispiel:

“Eine Natter bleibt eine Natter, ganz gleich, wo man das Ei brütet. So entwickeln sich auch die heranwachsenden Japan-Amerikaner, die von jap. Eltern geboren sind, als Japaner, nicht als Amerikaner.”

Zwei Tage später verdeutlichte Gouverneur Culbert Olson in Kalifornien in einer Radioansprache seinen Hörern, daß es leichter sei, die Loyalität von Deutschen und Italienern zu ermitteln als jene der Japaner. 7)

Noch prononcierter ging es bei einem Treffen von 150 kalifornischen law enforcement officers, hauptsächlich Sheriffs und Distrikt-Staatsanwälte, am 3. Februar 1942 zu. Graf Warren, Generalstaatsanwalt von Kalifornien, leitete die Sitzung, über die offiziell nach Washington wie folgt berichtet wurde:

“In seinen einleitenden Worten versuchte Mr. Warren jegliche Hysterie zu dämpfen, doch dann begann er die japanisch-amerikanische Situation in einer das hysterische Denken ermutigenden Weise zu umreißen... Mr. Isidore Dockweiler, Distrikt-Staatsanwalt von Los Angeles, behauptete, daß das Oberste Gericht der USA mit linken und anderen extremen Anwälten von ziviler Freiheit angefüllt sei, daß es für die Bevölkerung von Kalifornien an der Zeit sei, das Gesetz, wenn es für den eigenen Schutz notwendig sei, zu mißachten. Mr. Dockweiler steigerte sich in eine derartige Hysterie hinein, daß er von Mr. Warren zur Ordnung gerufen wurde. Die Versammlung applaudierte laut der Feststellung, daß die Bevölkerung von Kalifornien kein Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft der Bundesregierung habe, gegen die Angehörigen der Feindstaaten vorzugehen. Von einem hohen offiziellen Vertreter wurde vernommen, daß er der Erschießung aller japanischen Bewohner dieses Landes das Wort redete.” 7)

In einem anderen derartigen offiziellen Bericht nach Washington Ende Januar 1942 heißt es, daß eine überraschend große Anzahl von Leuten sich in persönlichen Gesprächen dahingehend ausspreche, alle Japaner in Konzentrationslager zu verbringen. 7)

Hatten schon die Geheimdienste unmittelbar nach dem japanischen Angriff mit vorbereiteten Listen ohne jegliche Haftbefehle über 1.500 Issei und Nisei festgenommen, so griffen am 2.2.1942 FBI (Federal Bureau of Investigation), Marine- und Heeresnachrichtendienst erneut zu und verhafteten über 1.600 verdächtige Fremde (auch Deutsche und Italiener), darunter nahezu alle geistigen Führungskräfte, von

7) Roger Daniels, “The Decision to Relocate the Japanese Americans”, aaO. S. 40.

WESTERN DEFENSE COMMAND AND FOURTH ARMY WARTIME CIVIL CONTROL ADMINISTRATION

Presidio of San Francisco, California
April 1, 1942

INSTRUCTIONS TO ALL PERSONS OF JAPANESE ANCESTRY

Living in the Following Area:

All of San Diego County, California, south of a line extending in an easterly direction from the mouth of the San Diego River (northwest of Del Mar), along the north side of the San Diego River, Lake Hodges, and the San Pasqual River to the bridge over the San Pasqual River; thence easterly along the southern boundary line of California State Highway No. 76 through Ramona and Julian to the eastern boundary line of San Diego County.

All Japanese persons, both alien and non-alien, will be evacuated from the above designated area by 12:00 o'clock noon Wednesday, April 8, 1942.

No Japanese person will be permitted to enter or leave the above described area after 8:00 a. m., Thursday, April 2, 1942, without obtaining special permission from the Provost Marshal at the Civil Control Station located at:

1919 India Street
San Diego, California

The Civil Control Station is equipped to assist the Japanese population affected by this evacuation in the following ways:

1. Give advice and instructions on the evacuation.
2. Provide services with respect to the management, leasing, sale, storage or other disposition of most kinds of property including: real estate, business and professional equipment, buildings, household goods, autos, automobiles, livestock, etc.
3. Provide temporary residence elsewhere for all Japanese in family groups.
4. Transport persons and a limited amount of clothing and equipment to their new residence, as specified below.

The Following Instructions Must Be Observed:

1. A responsible member of each family, preferably the head of the family, or the person in whose name most of the property is held, and each individual living alone, will report to the Civil Control Station to receive further instructions. This must be done between 8:00 a. m. and 5:00 p. m., Thursday, April 2, 1942, or between 8:00 a. m. and 5:00 p. m., Friday, April 3, 1942.

2. Evacuees must carry with them on departure for the Reception Center, the following property:

- (a) Bedding and linens (no mattress) for each member of the family;
- (b) Toilet articles for each member of the family;
- (c) Extra clothing for each member of the family;
- (d) Sufficient knives, forks, spoons, plates, bowls and cups for each member of the family;
- (e) Essential personal effects for each member of the family.

All items carried will be securely packaged, tied and plainly marked with the name of the owner and numbered in accordance with instructions received at the Civil Control Station.

The size and number of packages is limited to that which can be carried by the individual or family group.

No contraband items as described in paragraph 6, Public Proclamation No. 3, Headquarters Western Defense Command and Fourth Army, dated March 24, 1942, will be carried.

3. The United States Government through its agencies will provide for the storage at the sole risk of the owner of the more substantial household items, such as iceboxes, washing machines, pianos and other heavy furniture. Cooking utensils and other small items will be accepted if crated, packed and plainly marked with the name and address of the owner. Only one name and address will be used by a given family.

4. Each family, and individual living alone, will be furnished transportation to the Reception Center. Private means of transportation will not be utilized. All instructions pertaining to the movement will be obtained at the Civil Control Station.

Go to the Civil Control Station at 1919 India Street, San Diego, California, between 8:00 a. m. and 5:00 p. m., Thursday, April 2, 1942, or between 8:00 a. m. and 5:00 p. m., Friday, April 3, 1942, to receive further instructions.

J. L. DeWITT
Lieutenant General, U. S. Army
Commanding

WESTERN DEFENSE COMMAND AND FOURTH ARMY

Lehrern bis zu Pfarrern, Journalisten und Gemeindepredigern. Zwei Drittel von ihnen wurden zwar wieder entlassen, einige wenige repatriiert, doch blieben “Beweismaterialien” beschlagnahmt und wichtige Gegenden von Feindstaaten-Angehörigen geräumt.

Am 14.2.1942 verfaßten Kongreßabgeordnete von Kalifornien eine Resolution, die die unverzügliche Evakuierung aller Personen japanischer Abstammung und aller sonstigen Fremden, ganz gleich ob Staatsbürger oder nicht, von sämtlichen strategisch wichtigen Punkten forderte.

Gleichzeitig richtete der Kommandierende General des westlichen Verteidigungsgebietes, DeWitt, ein dringendes Ersuchen an Kriegsminister (Secretary of war) Stimson, Vollmachten mit Hilfe einer Präsidentenentscheidung zu erwirken, um “die Japaner und andere subversive Personen” von der Pazifikküste wegzuschaffen. In dem Bericht hieß es:

“In dem Krieg, in den wir gegenwärtig verwickelt sind, werden rassische Gemeinsamkeiten nicht durch Einwanderung

aus der Welt geschafft. Die japanische Rasse ist eine feindliche Rasse, und obgleich viele Japaner in der 2. und 3. Generation auf amerikanischem Boden geboren sind, die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten besitzen und 'amerikanisiert' sind, bleiben die rassischen Bande davon unberührt. Daraus folgt, daß entlang der lebenswichtigen Pazifischen Küste über 112.000 potentielle Feinde japanischer Herkunft gegenwärtig zu viel sind...⁸⁾

1. Die Westküsten-Japaner sind eine festgefügte und nicht assimilierte rassische Gruppe.

2. Diese Gruppe hat viele organisierte und persönliche Bande mit dem Heimatland Japan.

3. Die Gruppe hat eine nachdrückliche Tendenz gezeigt, sich in Bereichen lebenswichtiger Verteidigungsanlagen niederzulassen.

4. Es gibt Nachweise für ununterbrochene Verbindungen zwischen unbekannten Personen an der Westküste und japanischen Seestreitkräften, über Hunderte von Berichten über nächtliche von der Küste abgegebene Signallichter und nicht entschlüsselte Funksprüche."⁹⁾

Die von General DeWitt in Punkten aufgeführten Sachverhalte waren nahezu alle falsch, zumindest in bezug auf seine Folgerungen für eine feindselige Haltung der japanischen Volksgruppe. Spätere Nachweise haben ergeben, daß es so gut wie keinerlei konspirative Zusammenarbeit zwischen Japan und der japanisch-amerikanischen Volksgruppe während des Krieges gegeben hat.

Der Vertreibungsplan Executive Order No. 9066

Am 19. Februar 1942 erteilte Präsident F.D. Roosevelt mit der Executive Order No. 9066 Vollmacht, die japanische Bevölkerung aus den Westküstengebieten der USA auszusiedeln und einzusperren.

Kriegsminister Stimson hatte die zuständigen Kommandeure zu beauftragen, die militärisch gefährdeten Gebiete zu umreißen, aus denen "irgendwelche oder alle Personen" ausgeschlossen werden sollten, und alle für eine Evakuierung notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

Das Kriegsministerium bat um einen Logistikplan für die vorgeschlagene Evakuierung. In aller Eile hat Major (kurz darauf Oberst) im Generalstab Bendertsen diesen angefertigt. Er wurde in Washington rasch gebilligt, obgleich er in vielerlei Hinsicht den Realitäten nicht gerecht wurde.

Von Stimson bevollmächtigt, ordnete General DeWitt am 2. März die unverzügliche Evakuierung sämtlicher Personen japanischer Abstammung, zunächst

8) Dorothy Swaine Thomas / Richard S. Nishimoto, "The Salvage — Japanese American Evacuation und Resettlement", Berkely - Los Angeles 1952, S. 83.

9) Dillon S. Myer, "Uprooted Americans — The Japanese Americans and the War Relocation Authority during World War II", University of Arizona Press, Tucson/Arizona 1971, S. 284.

aus der militärischen Zone 1, an, unabhängig davon, ob es sich um US-Staatsbürger handelte oder nicht. Es war die erste von seinen 108 militärischen Proklamationen, die General DeWitt zur Aussiedlung der Japan-Amerikaner aus Kalifornien, Oregon, dem Staat Washington und Arizona erlassen hat. Die Executive Order hatte ihn ermächtigt, ebenso mit den 58.000 Italienern und 23.000 Deutschen zu verfahren, doch blieben diese kraft Weisung des Kriegsministers Stimson verschont.

Die erste gewaltsame Umsiedlung betraf die 2.000 Japaner auf Terminal Island bei Los Angeles, zumeist Fischer mit ihren Familien. Sie hatten binnen 24 Stunden ihre Heimstätten, Berufsplätze und Boote zu verlassen und ihr Eigentum entweder zu verkaufen oder in Treuhandschaft zu übergeben. Mitnehmen durften sie — wie auch später die übrigen 120.000 — nur das, was sie tragen konnten. Zu den mitzuführenden Utensilien hatten zu gehören: Bettwäsche, Toilettenartikel, eine zweite Kleidergarnitur, Messer, Gabeln, Löffel, Kochtöpfe und sonstige Gebrauchsgüter.

Zunächst sollten die Sperrgebiete "freiwillig" verlassen werden. Doch dieser Aufruf endete im Fiasco, zumal den "volunteers" eine feindselige, teilweise gewaltsam vorgehende Umwelt keine Aufnahmemöglichkeit im Innern des Landes bot. Ganz unverblümt erklärten die Gouverneure von Idaho und Utah, aber auch andere Behördenvertreter der Anrainerstaaten, daß jene Japaner nicht erwünscht seien, veranlaßten oder duldeten Plakatierungen wie "No Jap's wanted", "Dieses Restaurant vergiftet Ratten und Japaner" u.ä., verweigerten Unterkünfte und schickten die "volunteers" kraft Polizeieinsatz wieder zurück.

Am 14. März 1942 begründete General DeWitt die WCCA = Wartime Civil Control Administration (Kriegszeit - Zivil - Kontroll - Verwaltung), eine Militärbehörde mit Oberst Karl R. Bendetsen als Leiter. Ihr wurde aufgetragen, mit ihren 48 Büros in



Private vulgäre Hetzaufrufe wie dieser, die Japaner als "vogelfrei" "zu jagen", erschienen im Frühjahr 1942 an Geschäften und Fenstern nahezu aller von Japanern bewohnten Häuser. Niemand hinderte dies!



den Zentren der Issei-Wohngegenden die Umsiedlung in die 16 vorläufigen Assembly Center (Sammlungszentren) zu organisieren. Oberst Bendetsen, der seinen eigenen Worten zufolge "die Methode entwarf, Einzelheiten formulierte und die Evakuierung von 120.000 Personen japanischer Abstammung aus den Militärgeländen dirigierte", erhielt anschließend für seine Tätigkeit von der dankbaren Nation die "Distinguished Service Medal" (Verdienstmedaille mit Auszeichnung).

Der in Washington mit der Aufgabe beauftragte "Sachbearbeiter" war der Stellvertretende Kriegsminister McCloy. Am 18. März 1942 erließ F.D. Roosevelt die Execution Order 9102, und schuf damit die ihm direkt unterstellte WRA - War Relocation Authority = Kriegsumsiedlungsbehörde, zunächst mit dem nur kurzfristig tätigen Leiter Milton Eisenhower und Dillon S. Myer als Nachfolger. Die WRA übernahm alle von dem Westlichen-Militär-Kommando bereits eingeleiteten "Vorarbeiten", überführte anschließend die Evakuierten aus den Assembly Centers in die Relocation Centers, die eigentlichen Konzentrationslager. Sie unterhielt ihre Zentrale in Washington, Regionalbüros in San Francisco, Denver und Little Rock (letztere wurden im Dezember 1942 wieder aufgelöst) und in den 10 Konzentrationslagern.

Inzwischen hatte F.D. Roosevelt am 21.3.1942 ein vom Kongreß gebilligtes Gesetz erlassen, das Widerstand gegen militärische Anordnungen, die aus der Execution Order 9066 hergeleitet werden, mit empfindlichen Strafen belegte. Das Besondere dieses Public Law 77-503 war, daß es die 5.000 Dollar Strafe nur jenen androhte, die sich den Evakuierungsanordnungen widersetzen sollten. Es war mit anderen

Worten ausschließlich gegen die in den USA lebende japanische Volksgruppe gerichtet. Um noch genauer zu sein: gegen jeden, der mindestens 1/16 Anteil japanischen Blutes oder mehr in sich hat und wer von diesen mit einem Andersrassigen verheiratet ist. Ein Nisei kommentierte:

"Da gab es komische Szenen im Bundesgebäude in Los Angeles... Ich hörte, wie sich Koreaner und Chinesen darüber Klarheit zu schaffen versuchten, ob auch sie von diesem Gesetz betroffen seien, denn schließlich sei ihre ethnische Wurzel mit der japanischen identisch. Eine Gruppe Arbeitsloser diskutierte die Möglichkeit, sich internieren zu lassen, indem sie sich darauf berufen wollten, einen Urgroßvater zu haben der 1/2 Japaner gewesen sei. Ich kenne einige Fälle, in denen 1/2 und 1/4 Japaner, die nichts über Japan wußten, auch die japanische Sprache nicht beherrschten, betroffen waren. Auch jene von Okinawa, das von Japan 1879 annektiert worden war, waren erfaßt, obgleich sie keine Japaner waren, Japan gegenüber sogar feindselig eingestellt waren, sich jedoch der japanisch-amerikanischen Volksgruppe angeschlossen haben." 10)

Am 24.3.1942 erließ General DeWitt mit seiner militärischen Proklamation Nr. 3 für alle Personen japanischer Abstammung Bewegungsbegrenzung von 8 Kilometer, nächtliche Ausgangssperre und Verbot der "freiwilligen Umsiedlung".

Schließlich forderten Anfang April öffentliche Anschläge alle Personen japanischer Abstammung auf, sich binnen 2 Wochen mit Handgepäck für die notwendigsten Lebensbedürfnisse an bestimmten Sammelpunkten einzufinden. Ihr Eigentum hatten sie entweder zu verkaufen, irgendwo privat oder in Räumlichkeiten unterzubringen, die auf Anweisung

10) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO, S. 125.

des Finanzministers Henry Morgenthau die Federal Reserve Bank von Kalifornien zur Verfügung stellte.

Um die landwirtschaftlichen Vermögenswerte (Landbesitz, Maschinen, Ernten) sollte sich das Landwirtschaftsministerium kümmern, das diesen Auftrag an die FSA = Farm Security Administration = Landwirtschaftliche Sicherheitsverwaltung delegierte. Die FSA hatte sich mit Vermögenswerten von 6.664 Nisei-Farmen und weiteren 7.076 Pächtern zu befassen, die insgesamt 1.044 qkm in der Military Area No. 1 bewirtschafteten. Ihren Wert schätzte die FSA mit 73 Millionen Dollar ein. Die Bewirtschaftung dieser Farmen unter fremder Regie hat zu erheblichen Schwierigkeiten, Verlusten und Besitzverschiebungen geführt.

Die Übergabe von Vermögenswerten an diese "Treuhänder", die sich dieser Aufgabe tunlichst zu entziehen suchten und den Hilfesuchenden empfohlen, lieber ihre Sachen schnell zu verkaufen, erfolgte auf Risiko der Besitzer. Sie hatten zu unterschreiben, daß die Federal Reserve Bank keinerlei Verantwortung für die Vollständigkeit des Treuhandgutes übernehme und keinerlei Versicherung dafür möglich sei. Die FRB von San Francisco schätzte das 1942 von der japanischen Volksgruppe zurückgelassene Vermögen auf 400 Millionen Dollar ein.

Die japanische Volksgruppe insgesamt verlor bei diesen Maßnahmen so ziemlich alles, was sie hatte, und zwar bereits unmittelbar, nachdem sie ihre Sachen zurückgelassen hatte.

Das Tolan - Komitee: "Demokratische Absegnung"

Zufällig oder terminlich wirkungsvoll miteinander abgestimmt, trat ein unter Leitung von Kongreßabgeordneten John H. Tolan stehendes Repräsentantenhaus-Komitee am 21.2.1942 in San Francisco zu



"Dieses Grundstück befindet sich unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten. Auf Grund des Gesetzes ist es jedermann verboten zu betreten." (-) Unterschrift



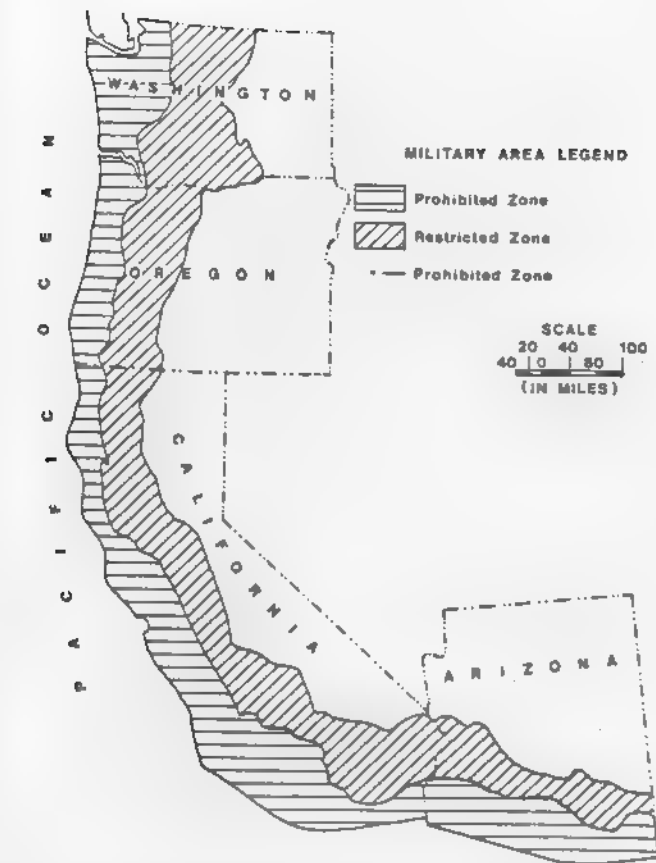
General DeWitt, Kommandant der westlichen Verteidigungsgebiete

seiner ersten Sitzung von Anhörungen im Westküstengebiet zusammen. Die militärischen Anordnungen waren in ihren wesentlichen Teilen bereits beschlossen und in Gang gesetzt worden. Jedenfalls ging es trotz Krieg "demokratisch" zu — 1942 war Wahljahr —, um das mit einem besseren Rückhalt der "öffentlichen Meinung" durchführen zu können, was man wollte.

Das Tolan-Komitee sollte Evakuierungsprobleme von Feindstaatenangehörigen aus den militärischen Sperrgebieten eruieren, hatte jedoch keine Ein-

wirkungsmöglichkeit auf die Anordnungen General DeWitts. Die Sitzung des Tolan-Komitees — sie wurde in drei weiteren Städten der Westküste in gleichbleibender Prozedur fortgesetzt — diente den "pressure groups", die mit einer Vielfalt an Argumenten die Austreibung der "Jap's" teilweise sogar grundsätzlich aus den USA forderten, zum Forum für ihre Agitation.

Gehört wurden Gouverneure, Bürgermeister, Vertreter der Militärs, des Einwanderungskomitees, der



This map shows the area from which Japanese Americans were relocated. The shaded areas represent the original "Military Area No. 1," which was originally divided into "prohibited" and "restricted" zones. Eventually, the zones and areas became meaningless, as all Japanese, citizens and aliens, in the four states were incarcerated.

zu deutsch:

Diese Karte zeigt das Gebiet, aus dem die Japan-Amerikaner ausgesiedelt wurden. Die gestrichelten Gebiete entsprechen der "Militärischen Zone Nr. 1", die ursprünglich eingeteilt war in die "verbotenen" Zonen und die "eingeschränkten Sperrgebiete". Schließlich wurden diese Einteilungen bedeutungslos, als alle Japaner, Staatsbürger und Fremde, aus den vier Staaten eingesperrt wurden.

Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Kirche und zahlreicher Organisationen. Generalstaatsanwalt von Kalifornien — der spätere oberste Richter dieses Landes —, Earl Warren, erklärte anlässlich dieser Anhörung in San Francisco am 21.2.1942 u.a.:

"Unglücklicherweise vertreten viele Leute die Meinung, daß, weil es bisher keinerlei Sabotageakte und 5.-Kolonne-Tätigkeit in diesem Staat gegeben hat, dies niemand gegen uns geplant habe. Aber ich vertrete den Standpunkt, daß gerade dies das höchst gefährliche Zeichen in unserer ganzen Situation ist. Es überzeugt mich mehr als vielleicht alles andere, daß wir solche Sabotageakte und 5.-Kolonne-Tätigkeiten zu erwarten haben, diese aber genauso abgestimmt sind wie Pearl Harbor und die Invasion Frankreichs, Dänemarks und Norwegens und all jener anderen Länder.

Ich glaube, daß wir in ein falsches Gefühl der Sicherheit eingehüllt werden und daß der einzige Grund, weshalb wir bisher in Kalifornien noch kein Unglück erlebt haben, der ist, daß es für ein anderes Datum vorgesehen ist... Wenn wir uns heute darüber Rechenschaft ablegen, werden wir dies zu berücksichtigen haben." 11)

11) Roger Daniels, "The Decision to Relocate the Japanese Americans", aaO, S. 25.

Auch Personen japanischer Herkunft konnten aussagen, doch jeder Issei- oder Nisei-Stimme standen jeweils ca. 7 andere, und zwar politisch einflußreiche, entgegen. Und die Zeitungen unterschlugen die Aussagen der ohnehin bereits kraft Executive Order 9066 des Präsidenten geächteten Minderheit dann auch noch meist.

Im Schlußbericht des Tolan-Komitees hieß es dann auch, daß es keinerlei Alternative zur Aussiedlung der japanischen Volksgruppe gäbe und daher die unverzügliche Evakuierung aller Personen japanischer Abstammung und ihre Überführung in Konzentrationslager unerlässlich sei.

Falsche Berichte und eine geschickte Verfahrensregelung, so hieß es in einem Nisei-Kommentar, haben die Politik der Rassenvorurteile auf einen Höhepunkt getrieben.¹²⁾ Der Bericht war Roosevelt unterbreitet worden, bevor dieser am 18. März 1942 seine Entscheidung zur Schaffung der WRA fällte (Executive Order 9102)

Der "Robert - Report"

Inzwischen lag auch bereits der "Robert Report" vor. Roosevelt hatte einen seiner Obersten Richter beauftragt, einen Bericht über die Ursachen des überraschenden Vernichtungsschlages in Hawaii zu verfassen.

Hierbei sei ein Rückblick gestattet:

1.) Roosevelt hatte um den japanischen Flottenvorstoß gewußt. Er hatte sogar kraft Entschlüsselung des japanischen Geheimcodes in Erfahrung gebracht, daß der Angriff auf die US-Flotte zu unterbleiben habe, falls sich in Pearl Harbor Zeichen einer Kampfbereitschaft bemerkbar machen sollten. Roosevelt hat jegliche Warnungen an seine Flotte verhindert, um den japanischen Angriff zur Auswirkung kommen zu lassen. So hatte er, wie US-Historiker Charles Tansill definierte, die "Hintertür (in Asien) zum Krieg (in Europa)" aufgeschlagen.

Bei dieser Grunddisposition nimmt es nicht wunder, wenn er sich den Richter, der diesen Fall untersuchen sollte, eigens ausgesucht und von dessen Bericht die gewünschten Zweckklügen für die Öffentlichkeit erwartet hatte.

So hieß es denn auch u.a. in diesem "Robert Report", daß der Überfall auf Pearl Harbor in seiner Wirksamkeit auf Grund von "japanischen Spionen und Saboteuren, von denen einige keine offenen Verbindungen mit dem japanischen Auswärtigen Amt haben", außerordentlich verstärkt worden sei. — Dies war zwar unwahr, aber es wurde geglaubt.

12) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO, S. 108.

2.) Die US-Marine hatte den japanischen Geheimcode bereits Anfang Oktober 1941 entschlüsselt und Hawai bereits seit dieser Zeit vorgewarnt. Auf Grund dieser Meldungen hatte Roosevelt unverzüglich Geheimdienstspezialist Curtius B. Munson nach Hawai und die Westküste entsandt, um in koordinierter Zusammenarbeit mit Armee- und Marine-Geheimdienst + FBI herauszufinden, wie sich die dort ortsansässigen Issei und Nisei im Falle eines japanischen Angriffs verhalten würden. Im November 1941 bereits übermittelte Munson dem Präsidenten in einem detaillierten Bericht, der dann allen Regierungsmitgliedern einschließlich Kriegsminister Stimson weitergereicht wurde:

„Die Geschichte war überall die gleiche. Es gibt kein Japan-Problem an der Küste. Es wird keinen bewaffneten Aufstand der Japaner geben.“¹³⁾

Dieser Bericht wurde unter den Tisch gefegt. Unmittelbar nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor beauftragte Roosevelt mit seiner Proklamation 2525 das FBI, unverzüglich alle mutmaßlichen Sympathisanten der Achsenmächte festzunehmen und zu verhören, was dann über 5.000 Issei und Nisei über sich ergehen lassen mußten. Alles dies war freilich dazu angetan, die latente Hysterie an der Westküste zu entfachen.

Richter Robert rügte angesichts dieser Situation zu allem Überfluß auch noch das FBI, weil es sich in Bekämpfung der japanischen Spionage- und Sabotage-tätigkeit zu sehr an die Verfassung gehalten habe.¹⁴⁾

In Wirklichkeit hat sich der Militärbefehlshaber von Hawai, General Lemmons — abgesehen von vorübergehenden Ausgangssperren und einigen Verhaftungen und 1.875 Deportationen in die KZ auf dem Festland — gegen das Drängen Washingtons, auch dort die japanische Volksgruppe einzusperren, energisch verwahrt. Von den 424.325 Hawai-Bewohnern waren 157.000 japanischer Herkunft. Und Hawai liegt 3.862 Kilometer dem japanischen Festland näher als die kalifornische Küste.

13) "Executive Order 9066 — The Internment of 110.000 Japanese Americans", published by California Historical Society o.O. 1972, 131 - 132.

14) Roger Daniels, "The Decision to Relocate the Japanese Americans", aaO. S. 25 - 26.

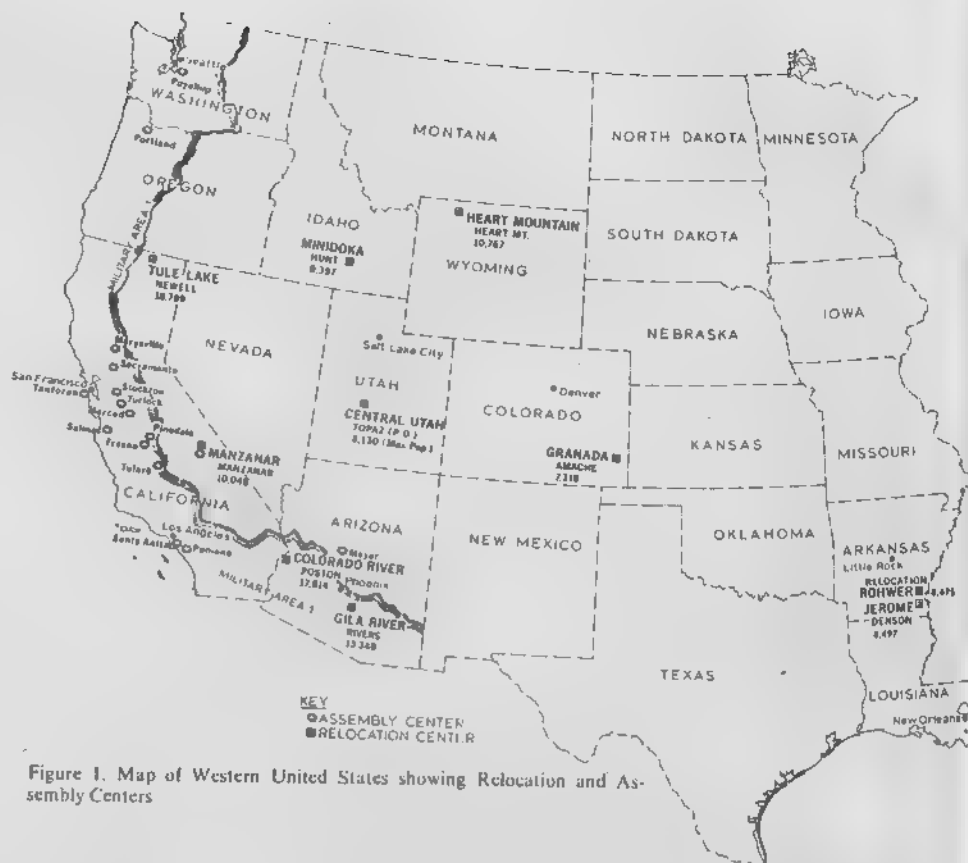


Figure 1. Map of Western United States showing Relocation and Assembly Centers

Die Karte vom Westen der Vereinigten Staaten zeigt die Standorte der Relocation Camps (der Umsiedlungslager) und der Assembly Centers (der Sammlungsplätze).

Doch General DeWitt führte seine "Schutzmaßnahmen" weiter. In aller Eile waren 16 provisorische Assembly Center geschaffen. Es waren mit Stacheldraht umgebene und militärisch bewachte Messehallen, Pferderennstätten, Großtiermärkte, Sportstadien und Fabrikgebäude. Die militärisch eskortierten Ankömmlinge wurden in Pferdeställe und bestenfalls in notdürftig hergerichtete Baracken eingewiesen.

"Ein schneller Farbanstrich und etwas Linoleum verwandelte Tierställe in Apartments. Ohne Rücksicht auf Gesundheit und Sicherheit, von Ästhetik zu schweigen. ..." 15)

Die zugemuteten Lebensverhältnisse waren gleichermaßen katastrophal in: Fresno, Manzanar, Marysville, Merced, Pinedale, Pomona, Sacramento, Salinas, Santa Anita (nahe Los Angeles mit über 18.000 Evakuierten), Stockton, Tanforan, Tulare und Turlock (Kalifornien); Mayer (Arizona); Portland (Oregon); Puyallup (Washington). Die nach Manzanar und Poston (Arizona) Verbrachten wurden bereits in Relocation Camps verwiesen, die jedoch überhaupt noch nicht fertiggestellt waren.

Nach Abschluß dieser Etappe berichtete *Newsweek* militärisch knapp: "Japs Transplanted", wobei zu berücksichtigen ist, daß im amerikanischen Sprachgebrauch "Japs" für Japaner einen herabsetzenden

15) "Executive Order 9066", aaO. S. 43.

Unterton hat. Knapp 2.000 Soldaten waren für die Überwachungsaufgabe abgestellt worden. — Anfang November 1942 war das letzte der Assembly Center wieder geräumt.

Die Stimmung im Lande hatte sich eher noch verschärft. Gouverneur Chase Clark von Idaho erklärte:

“Die Farmer hier sind sehr verbittert gegenüber dem Einsatz dieser (japanisch-amerikanischen) Arbeitskräfte. Ich fürchte, daß solche Arbeit zu Ausschreitungen führen wird. Meine Empfehlung ist, daß, wenn Angehörige der Feindstaaten nach Idaho gebracht werden, sie in Konzentrationslager verbracht und unter Bewachung gestellt werden sollten.”¹⁶⁾

Im Mai 1942 wurde er bei einer Rede in Grangeville noch vehementer:

“Die Japs leben wie die Ratten, vermehren sich wie die Ratten und handeln wie die Ratten. Wir wünschen nicht, daß sie Land kaufen oder pachten oder in unserem Staat für ständig angesiedelt werden... Ich wünsche nicht, daß sie überhaupt nach Idaho kommen und ich wünsche nicht, daß sie Vorlesungsplätze in unserer Universität in Moscow bekommen, die dadurch frei geworden sind, daß unsere jungen Männer in den Krieg gegen Japan gezogen sind.”¹⁶⁾

Gleichermaßen feindselig gegenüber den Vertriebenen von der Westküste verhielten sich die Gouverneure von Kansas und Montana. Obgleich der Gouverneur von Colorado, Ralph Carr, eine Ausnahme machte und zur Humanität aufrief, fand er in dieser Beziehung selbst bei den sonstigen Offiziellen seines Staates keine Unterstützung.¹⁶⁾ Die Senatoren und Kongreßabgeordneten der US-Südstaaten haben sich als besondere Gegner der japanisch-amerikanischen Volksgruppe hervorgetan.¹⁷⁾

Nachdem Anfang Juni 1942 in der Seeschlacht bei den Midway-Inseln die japanische Flotte empfindlich geschlagen wurde, war eine Bedrohung der amerikanischen Westküste durch eine japanische Invasion völlig entfallen. Eine solche Gefahr hat übrigens nie bestanden. Zu diesem Zeitpunkt jedenfalls waren erst 17.000 Japan-Amerikaner in den Versammlungszentren eingetroffen. Statt jedoch die Aktion nunmehr einzustellen, wurde sie umfassend weitergeführt. Hierbei ist noch zu unterstreichen, daß den amerikanischen Sicherheitsbehörden bis dahin keinerlei Sabotage- oder “5.-Kolonne”-Tätigkeit bekannt geworden war. Es hat in der Tat den ganzen Krieg über kein Anschlag dieser Art stattgefunden. Ausgerechnet zu dieser Zeit erhielten die 5.000 freiwilligen Umsiedler, die in der Militär-Zone 2 von Kalifornien Unterkunft gefunden hatten, nächtliche Ausgangssperre und kurz darauf ebenfalls ihren Ausweisungsbescheid. Ihrem 2. Ortswechsel in die Sammlungsplätze

sollte bald der 3. in die eigentlichen Konzentrationslager folgen.

70.000 der 120.000 Vertriebenen und in Konzentrationslager verwiesenen Personen japanischer Abstammung waren Nisei, also Angehörige der 2. Generation, die US-Staatsbürger waren und in ihrem Leben meist nie die USA verlassen und bis dahin die amerikanischen Schulen und Ausbildungsstätten besucht hatten.

Die “War Relocation Camps” – Konzentrationslager –

Präsident F.D. Roosevelt (mittels Erlaß der Executive Order 9066), Kriegsminister Knox (kraft Befehlserteilung und Billigung der Maßnahmen) und General DeWitt (kraft seiner Militärbefehle) waren die eigentlichen Verantwortlichen für die Entrechtung und Gefangennahme der japanischen Volksgruppe.

Bei Begründung der WRA, also der Kriegsumsiedlungsbehörde, waren die Maßnahmen zur Evakuierung und Konzentration in den Sammlungsplätzen vom Militärkommando des westlichen Verteidigungsbereichs schon voll in Gang gesetzt gewesen.

Die WRA hatte die Konzentrationslager zu verwalten, d.h. zunächst in Zusammenarbeit mit dem Militär diese Lager fertigzustellen, und die Evakuierten aus den Assembly Center, aber auch weitere Japan-Amerikaner aus anderen sensiblen Punkten der Ostküste aufzunehmen.¹⁸⁾

Der Begriff “Konzentrationslager” war ihr vom Präsidenten F.D. Roosevelt und anderen ranghohen Regierungsvertretern, aber auch von der US-Presse vorgegeben. So hatte der US-Präsident sie in einer Pressekonferenz am 20.10.1942 ausdrücklich so bezeichnet.¹⁹⁾

Gleichermaßen hatte dann auch die WRA ihre neuen – wenn auch nicht alle – Lager Manzanar, Tule Lake und Topas mit dem Ausdruck “Konzentrationslager” beschildern lassen, obgleich sie sich später gegen diesen Ausdruck verwahrte und den Unterschied zu Dachau und Buchenwald bedacht wissen wollte. Ein Nisei-Anwalt hat später vor dem Obersten Gericht vorgetragen:

“Mit Erstaunen lesen wir in der Mehrheitsmeinung, daß es unberechtigt sei, die Sammel- und Umsiedlungszentren mit ihrem richtigen Namen zu bezeichnen. Wir waren weder danach begierig noch verdienten wir eine Warnung... Die Bürger, die rücksichtslos aus ihren Behausungen gerissen und in Hütten und Schuppen in Lager gepfercht wurden, in denen sie für Jahre

16) Audrie Girdner / Anne Loftis, “The Great Betrayal” aaO, S. 115 - 116.

17) Audrie Girdner / Anne Loftis, “The Great Betrayal” aaO, S. 125.

18) Lillian Baker, “The Concentration Camp Conspiracy – A Second Pearl Harbor”, Lawndale, CA, USA 1981, S. 46.

19) Audrie Girdner / Anne Loftis, “The Great Betrayal” aaO, S. 237 + Lillian Baker, “The Concentration Camp Conspiracy” aaO, S. 255.

gen Schneestürmen, die ganze Barackendächer und Strommasten wegrissen. Wasserversorgung durch umfangreiches Kanal- und Pipeline-System. 42 Blöcke mit je 12 Baracken; hier und da eine Erfrischungshalle.

“Während eines Sandsturmes, die recht häufig waren, waren die Barackenräume ebenso sandig wie die Luft außen. Wenn es regnete, verwandelte sich das Lager in einen Morast.” 25)

Heart Mountain: (10.000 Evakuierte). Im Big Horn Basin, 80 Kilometer östlich des Yellowstone National Park, 1.402 Meter hoch gelegen, war das Lager das nördlichste aller WRA-Lager und dementsprechend das kälteste. Karge landwirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten. Wasserversorgung über ausgedehnte Pipeline-Systeme. Häufige Brände in den dichtgedrängten Baracken.

Granada Colorado: Bei 8.000 Gefangenen das kleinste aller WRA-Lager im Südosten Colorados, nahe der Stadt Granada. 209 Kilometer östlich von Pueblo. Die näher gelegene Kleinstadt Lamar war mit Schildern ausgeschmückt:

“Japs Not Wanted Here”.

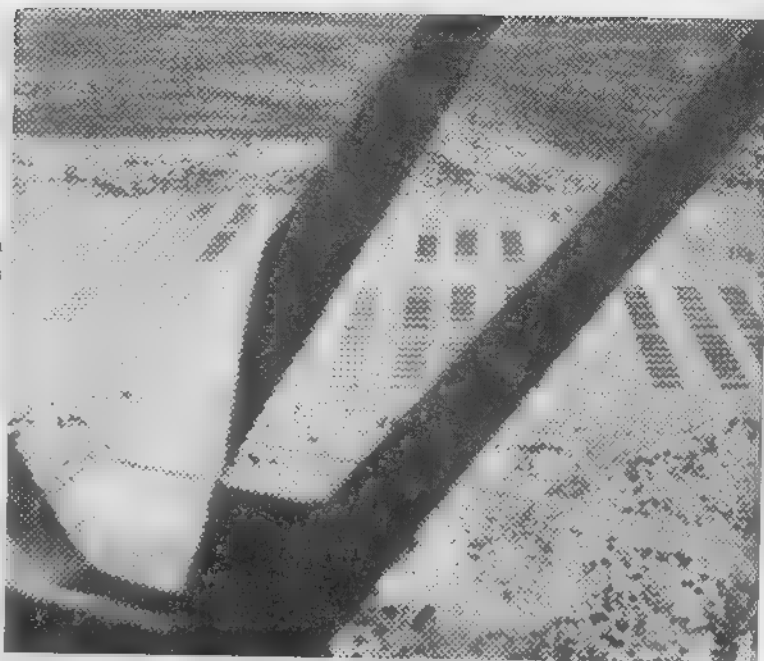
Der Boden, obgleich recht sandig, wurde zum Teil landwirtschaftlich nutzbar gemacht mit Hilfe eines ausgedehnten Bewässerungssystems und Brunnen.

Jerome: (10.000 Evakuierte). Im Bereich des sumpfigen Mississippi-Deltas von Arkansas, einige Meilen südlich des Rohwer-Lagers nahe der alten Holzfällerstadt gelegen. Ein Gebiet mit starkem Regenanfall und ständiger Insektenplage (Fliegen, Mosquitos, Grillen, aber auch Schlangen usw.).

Beschäftigung der Gefangenen mit Waldrodung und Holzbearbeitung.

Die WRA hat das Lager im Juni 1944 aufgelöst und die “residents” in andere Lager überführt.

Rohwer: (10.000 Evakuierte). Dieses östlichste Lager litt ebenfalls unter starken Regenfällen; ausgedehnte Drainage-Anlagen waren zur Entwässerung nötig. Holzbearbeitung, Rodung von Strauchwerk und der Stümpfe abgeholzter Bäume erforderte durchgängigen Einsatz der Gefangenen. Bis zur nächsten Stadt Little Rock waren es 241 Kilometer. Ausbruch von Masern, Mums und Malaria. Mehrfach Lebensmittelvergiftung. Umgebende Sümpfe mit giftigen Schlangen sorgten über den Stacheldrahtzaun hinaus für sichere Abgrenzung.



POSTON, Arizona, 28.6.1942, Colorado River, Umsiedlungszentrum

Die Lagerbedingungen

Die größten Probleme für die Zwangsausgesiedelten ergaben sich aus den ihnen zugeteilten primitiven, notdürftig und dünnwandig abgegrenzten und kleinen Barackenquartieren, in denen auf engem Raum zuweilen bis zu 8 Strohsackbetten zusammengelegt waren. Eine Deckenabgrenzung für die einzelnen “Appartments” gab es nicht; das hochgelegene, zur Mitte angehobene Barackendach war die gemeinsame Begrenzung für alle. Es gab keinen privaten Freiraum mehr, weder im Schlafbereich noch in den Waschräumen, oder der Gemeinschaftslatrine. Niemand konnte sich dem hohen Geräuschpegel, Stimmungen und Konflikten anderer entziehen, nicht die Babies, Kinder, nicht die Erwachsenen.

Die Lager waren alle — abgesehen von Größenunterschieden der 7.000 - 20.000 Gefangenenzahlen und womöglich einigen spezifischen Eigenheiten der Anlage — von gleicher Machart: Maschen- und Stacheldrahtzäune, Wachtürme, Suchscheinwerfer (Ausnahme Manzanar, da diente die Wüste und hohes Gebirge als Grenze), bewaffnete Militärwachen.

Die Lager waren in 4 Bereiche eingeteilt: Verwaltungstrakt, Warenhaus-Betriebssektionen, Krankenhaus und “residence area”. Letztere war unterteilt in Blocks zu je 12 - 14 Baracken, angelegt mit breiten Feuerschneisen. Jeder Block sollte 250 Personen aufnehmen. Die Barackeneinteilung sah “Appartments” vor, die jedoch lediglich primitiv abgeteilte Schlafquartiere waren, ohne Küche, Wasser, Toilette, Waschräum. Für derartige Bedürfnisse gab es Gemeinschafts-

einrichtungen: Für 250 Personen ein "Kasino", eine Erfrischungshalle, einen Duschaum, eine Latrine. Die Baracken waren 6 x 30 Meter groß und eingeteilt in 6 x 7,6 oder 4,8 x 6 Meter enge "Quartiere", zugeschnitten auf unterschiedlich große Familien. So wurden z.B. in einem solchen Raum von 6 x 7,6 Meter 2 Familien mit 8 - 10 Personen eingewiesen. Keines der Lager war fertig, als die ersten "Residenten" eintrafen.

Jedem Lager stand ein Projekt-Direktor vor, der für die Lagerverwaltung und -rechtsprechung verantwortlich war. Er konnte die Lagergesetze aufstellen, Ankläger und Richter bestimmen, Entscheidungsgremien der Lagerinsassen benennen, Geldstrafen bis zu 300 Dollar und Gefängnishaft bis zu 3 Monaten festsetzen. Auch konnte er "Unruhestifter" aus dem Lager entfernen und in Isolierungszentren - "Isolation Center" - oder im Fall von betroffenen Issei in Internierungslager für Ausländer einweisen. Der Projekt-Direktor bediente sich für die Lagerführung der Blockmanager, die aus dem Kreis der Gefangenen gewählt wurden.

Die Familien wurden zusammengehalten. Ein Viertel der Insassen waren Kinder bis zu 15 Jahren. Der WRA-Leiter, Dillon S. Myer - abgestellt vom Landwirtschaftsministerium - erwähnte in seinem Tätigkeitsbericht²⁶⁾, daß er sich bemüht habe, die Relocation Camps in normale Gemeinschaften umzuwandeln. Lagerinterne Schulen, Krankenbaracken, Beschäftigungsplätze wurden geschaffen, sogar lagerinterne, wenn auch der Zensur unterliegende, Zeitungen erlaubt, saisonale Arbeitseinsätze zur Einbringung der Ernte in erreichbaren Nachbarschaftsregionen organisiert, auch Betriebe zur Herstellung z.B. von militärischen Tarnnetzen und Zelten in Gang gesetzt, aber auch Lagergärten angelegt. Japanische Sprachschulen blieben verboten.

1942 hatten rund 10.000 "Residenten" als Saisonarbeiter beim Ernteeinbringen außerhalb des La-



Evakuierte Japan-Amerikaner beim Essenempfang in einem der provisorischen Teerpappen-Unterkünfte im TANFORAN Assembly Center.

gers geholfen; 750 von ihnen haben sich bei dieser Gelegenheit "abgesetzt".²⁷⁾

Wenn es auch in den einzelnen Lagern unterschiedliche Lebensbedingungen, Arbeitseinsatzmöglichkeiten und Umweltverhältnisse gab, so hat doch die WRA-Leitung einheitliche Verhaltensmuster durchzuführen versucht. Schon unmittelbar nach Eintreffen der Transporte wurde die innere Lagerverwaltung organisiert, die Barackenstädte und Notunterkünfte mit Hilfe der Angekommenen vollendet, möglichst Ackerflächen kultiviert, Arbeitskorps für Saisonarbeiten in benachbarten landwirtschaftlichen Gebieten aufgestellt. Das ging natürlich nicht ohne formgerechte Eidesleistung "in Gedanken, Wort und Tat" zugunsten einer Loyalität für die USA und für den ganzen Verlauf des Krieges und 14 Tage danach.²⁸⁾ So mußte auch derjenige, der sich einem solchen Arbeitskorps zur Verfügung stellte, unterschreiben, daß er

a) mit dem Lohn, der ihm die WRA bezahlen würde, zufrieden sei, obgleich ihm die Lohnsumme nicht genannt wurde,

b) kein Recht auf Klage gegen die USA für irgendeine Ungerechtigkeit oder Krankheit als Folge des Einsatzes im Arbeitskorps habe,

c) er finanziell und strafrechtlich verantwortlich gemacht wird für alle von ihm während seines Arbeitseinsatzes verursachten Schäden am staatlichen Eigentum.

"Die meisten, selbst Rechtsanwälte, unterschrieben, ohne sich die Verpflichtung genau durchzulesen." ²⁸⁾

Je nach vorhandener Qualifikation konnten Lagerinsassen als Ärzte, Dentisten, Lehrer, Übersetzer, Handwerker, Organisationssprecher usw. tätig sein. Um zu dieser Arbeit anzureizen, wurde eine Lohnstaffel verfügt, beginnend mit 8 Dollar im Monat für ungelernte Arbeit, 12 Dollar für handwerkliche und 16 - 19 Dollar im Monat für akademisch qualifizierte Tätigkeit. Kost und Logie blieben gratis. Der einfache GI in der Armee erhielt zur gleichen Zeit 21 Dollar. Doch er hatte Altersversorgungsansprüche, Beförderungsmöglichkeiten, Eigentumsschutz usw.

In den WRA-Lagern haben sich viele juristische Probleme angestaut, mit denen die Blocksprecher, der gemeinsame Vertreterrat der Vertriebenen und die WRA-Verwaltung und zum Teil auch amerikanische Gerichte befaßt wurden. So z.B. beim Entzug des allgemeinen Wahlrechtes. Das Oberste Gericht der USA hat diesen Entzug des Wahlrechts gebilligt, indem es eine anstehende Revisionsklage anzunehmen verweigert hat.²⁹⁾

27) Dorothy S. Thomas, "The Salvage" aaO. S. 91.

28) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO. S. 211 - 212.

29) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO. S. 190.

26) Dillon S. Myer, "Uprooted Americans" aaO.



Unterkünfte der US-Bürger japanischer Abstammung im Konzentrationslager TULE LAKE

Die Probleme der Eigentumsrechte blieben bis Kriegsende ungeklärt; dazu gehörten auch Versicherungs- und Rentenrechte, Rechte auf Zinsen, Pacht und Ernteerträge, Abzahlungsverpflichtungen usw. Gerichtsentscheidungen fielen vielfach — nicht immer — zu Ungunsten der Lagerinsassen aus, weil sie "Angehörige von Feindstaaten" seien. ³⁰⁾

Zunächst blieben viele Versprechungen unerfüllt. Dies begann bei den Arbeitsbedingungen und dehnte sich auf mangelhafte Verpflegungsrationen, Krankenhaus- und Haushaltsausrüstungen und vieles andere aus. Lohnzahlungen und zugesagte Arbeitskleidung wurden monatelang verzögert. In Manzanar fehlten 3 Monate lang 16 von 36 Kantinen, so daß jeweils 300 Personen im Sandsturm zum Essenempfang anstanden. ³¹⁾

Streiks und Aufruhr in mehreren Lagern (Poston, Manzanar, Tule Lake, Topaz) führten im Frühjahr 1943 zum Eingreifen des Militärs, zu übergeordneten Untersuchungen und zu der Entscheidung, die "Unruhestifter" auszusondern und im Tule Lake-Lager gesondert zusammenzufassen. ³²⁾

Freiwillige gesucht für die Armee zur Bekämpfung der "Verbrecher-Nationen"

Um die "Loyalen" von den "Illoyalen" zu unterscheiden, gleichzeitig aber auch die Freiwilligen für die vorgesehenen Kampfverbände herauszuziehen, startete man eine groß-angelegte Fragebogenaktion mit 82 Fragen.

30) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO. S. 194.

31) Dorothy Thomas, "The Spoilage" aaO. S. 39 Fußnote.

32) John Christgau, "Enemies — World War II Alien Internment", Iowa State University Press, Ames 1985, S. 154 ff.

Die im Februar 1943 eingeleitete Fragebogenaktion in den WRA-Lagern führte erneut zu heftigen Kontroversen und begründete die Gegensätze innerhalb der Lagergemeinschaften erst richtig. Insbesondere an den Fragen Nr. 27 und 28 schieden sich die Geister. Für die Männer galt:

Frage 27:

"Sind Sie gewillt, in den Streitkräften der Vereinigten Staaten zu dienen und zu kämpfen, wo immer es befohlen wird?"

Frage 28:

"Wollen Sie den Vereinigten Staaten von Amerika unbedingte Treue schwören und ergeben die Vereinigten Staaten gegenüber jedweden Angriff fremder oder einheimischer Kräfte verteidigen und jedweder Lehn- oder Gehorsamsverpflichtung gegenüber dem japanischen Kaiser oder irgendeiner anderen fremden Regierung, Macht oder Organisation abschwören?"

Für die Frauen waren die Fragen etwas anders formuliert: Frage 27:

"Wenn sich die Gelegenheit ergibt und Sie für qualifiziert erachtet werden, würden Sie bereit sein, sich freiwillig für das Heeressanitätskorps zu melden oder für das WAAC (Frauenhilfskorps der Armee)?"

Frage 28:

"Wollen Sie den Vereinigten Staaten von Amerika Treue schwören und jedweder Treubindung oder Gehorsamsverpflichtung gegenüber dem japanischen Kaiser oder jeder anderen fremden Regierung, Macht oder Organisation abschwören?"

Während sich das War Department mit der Ankündigung vom 28.1.1943 bereits bemühte, die Nisei als Freiwillige — der Wehrpflichtstatus war ihnen ja abgesprochen worden — für die Armee zu gewinnen, stieß dies oft noch auf Widerstand, u.a. mit Argumenten wie beim Abgeordneten des Repräsentantenhauses von A. Leonhard Allen von Louisiana am 19.2.1943 im Kongreß:

"Wenn wir sie in die Armee aufnehmen, dann nehmen sie eine Position ein, von der aus sie unserer Nation größten Schaden zufügen und sich dabei selbst den größten Dienst erweisen können, wenn sie diesen Kurs verfolgen würden. Ich bezweifle, daß die Untreue, das verräterische und vollständige Fehlen elementarer menschlicher Prinzipien, die seit Jahrhunderten in ein Volk eingepflanzt sind, in einer Generation beseitigt sein können." ³³⁾

Äußerten sich auch andere Westküstenabgeordnete ähnlich, so überwog doch die Meinung, sie am besten

33) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO. S. 276.

Warum wurden die Nisei nach dem 7. Dezember degradiert und aus der Armee ausgestoßen? Warum wurden Veteranen des letzten Krieges, die bereits damals ihre Loyalität für die USA unter Beweis gestellt haben, in Lager eingesperrt? ...

Wenn wir uns freiwillig melden, werden dann unsere Eltern freigelassen? ... Warum integrierte man die Nisei nicht in die allgemeine Truppe? " 35)

"Wie werden wir in der Armee behandelt? Wie sieht unsere Diskriminierung nach Kriegsende aus? Welches sind die Konsequenzen, wenn wir uns nicht freiwillig melden? Warum werden Nisei nicht in die Marine zugelassen?"

Die WRA-Führung hat die Registrierungsentscheidung auch dadurch zu beeinflussen versucht, indem sie den Lagerinsassen ihre Bereitschaft erklärte, denjenigen ein Verlassen des Lagers zu ermöglichen, die von den Sicherheitsbehörden als besonders zuverlässig erachtet werden würden. Und so sind in der Tat mit Hilfe eines public-relation Programms und Einsetzung von 42 Regionalbüros bis Jahresende 1943 = 35.000 "Residenten" in Arbeitsplätze und Quartiere in den Mittel- und Oststaaten der USA, zumeist nach Chicago, Minneapolis, New York und Cleveland vermittelt worden. Auch 2.263 Studenten, einschließlich 200 Mädchen zur Ausbildung als Krankenschwestern – bis Kriegsende 4.000 – hatten die Lager verlassen können. Bis Jahresende 1944 folgten weitere 18.000.

Die Registrieraktion im Frühjahr 1943 führte neben den Bemühungen zur Aufstellung einer Nisei-Kampfeinheit am 15.7.1943 auch zur Aussonderung der "Illoyalen" in das Separierungslager Tule Lake. Die "Loyalen" von dort mußten sich im September 1943 zum 2. oder 3. Mal auf die Reise in andere WRA-Lager begeben. Hatten sie doch die Plätze für die zugeführten "no ... no-boys" (z.T. mit ihren Familien) freizumachen. Damit erfaßte die neue Tule-Lake "Belegschaft" keineswegs eine einheitliche Gruppe, denn einige protestierten mit ihrer Negativantwort lediglich gegen die "demokratische" Behandlung durch die US-Behörden, anderen wiederum war das Ganze so unerträglich geworden, daß sie nach Japan zurück wollten. 15.000 Personen wurden hin und her verfrachtet.

Im Tule Lake Lager wurden fortan die Lebensverhältnisse verschärft. Freilassungen gab es hier bis Kriegsende nicht mehr. Die üblich gewesene lagerinterne Selbstverwaltung erhielt nur noch beratenden Charakter. Auf Grund eines Arbeits-

unfalles mit einem Toten und mehreren Verletzten, anschließender Arbeitskämpfe und Massenprotesten übernahm am 13. November 1943 bis 15. Januar 1944 das Militär – einige hundert Mann – die Herrschaft und führte Ausgangssperren und das Kriegsrecht ein. Es war eine Periode von Aufruhr, Arbeitsunwilligkeit, nächtlichen Verhaftungen, Tränengaseinsätzen und Unsicherheit für alle Insassen, die mit Streik und passivem Widerstand reagierten. 36)

Über 400 Verhaftete wurden im Militärgefängnis eingesperrt und zwar teilweise bis zu 9 Monaten ohne Anklage. Hungerstreiks folgten aus Protest gegen die unmenschliche Behandlung in den Militärgefängnissen. Parallel hierzu war der Schulunterricht bis Ende Januar 1944 eingestellt worden. Die Konflikte blieben bis zur Auflösung des Lagers im Jahre 1946.

Jedenfalls die Erwartungen des Kriegsministeriums, wenigstens 3.500 Freiwilligenmeldungen für das 442nd Regimental Combat Team zu erhalten, wurden enttäuscht: es meldeten sich nur 1.200 (bis Dezember 1944 waren es insgesamt 1.543). Sie wurden kurz danach zum Lager Shelby, Mississippi zur Ausbildung geschickt, wo sich bereits 1.432 Nisei aus Hawaii befanden. 37)

Zu dieser Zeit noch (13.4.1943) teilte General DeWitt dem House Naval Affairs Subcommittee in San Francisco mit:

"Ein Japaner ist ein Japaner. Sie sind ein gefährliches Element, ob loyal oder nicht. Es gibt keinen Weg, ihre Loyalität festzustellen... Es macht keinen Unterschied, ob er ein Amerikaner ist. Theoretisch bleibt er Japaner, er ist nicht zu ändern. Man kann ihn nicht ändern, indem man ihm ein Stück Papier gibt." 38)

35) Dies betraf mehrere tausend, vornehmlich aus dem Westküstenbereich, von den 5.000 in der gesamten US-Armee 1941 befindlichen Nisei. Einige Spezialisten blieben für Dolmetschertätigkeit und andere Aufgaben eingesetzt.

36) Dorothy Thomas, "The Spoilage" aaO. S. 147.

37) Edward H. Spicer u.a., "Impounded People – Japanese-Americans in the Relocation Centers", Tucson / Arizona, 1969, S. 242.

38) Allan R. Bosworth, "America's Concentration Camps", New York 1967, S. 171.



Baracken der Evakuierten mit Feuerschneisen, TULE LAKE



Bevor die Evakuierten in die Assembly Center Stockton, Kalifornien im Mai 1942 "hineingelassen werden", wird ihr Gepäck nach Konterbande untersucht.

Entlassung

Nachdem General DeWitt im September 1943 in den Ruhestand getreten war, hob sein Nachfolger, General Emmons, am 1. November 1943 die Verfügung über das Militär-Sperrgebiet der Westküste auf, was aber nicht Rückkehrerlaubnis für die japanische Volksgruppe bedeutete.

Ab Januar 1944 setzte WRA-Direktor Myer intensive Bemühungen in Gang, Rückstellungsmöglichkeiten für alle Lagerinsassen zu eruieren.

US-Japanische Kampfeinheit

Das 100th Battalion — die Nisei-Einheit aus Hawaii, 1.300 Mann — war im August 1943 in die Kämpfe in Italien geschickt worden. Ab Mai 1944 wurde es als 1. Bataillon der 442nd — jetzt über 9.500 Mann stark — Kampfeinheit eingegliedert. Die Nisei-Einheit nahm an den Kämpfen bei Cassino, Anzio, Belvedere, Luciano, Leghorn, am Arno, in Süd-Frankreich bei Bruyeres, La Spezia, Massa, Carrara und Genua teil. Sie hatten mit 9.480 Verwundeten, 650 Toten und 67 Vermissten die größten Verluste aller gleichgroßen amerikanischen Einheiten.

"Bei mehreren Gelegenheiten verlautete offiziell, daß das Regiment die am meisten dekorierte Einheit aller vergleichbaren Einheiten in der amerikanischen Militär-Geschichte war." 39)

Am 21. Januar 1944 hat Kriegsminister Stimson die Nisei erneut der Wehrpflicht unterworfen und ihre Eingliederung in alle Waffengattungen und Truppenteile verfügt. Insgesamt haben in der Endphase des Krieges in Europa und im pazifischen Raum 33.000 Nisei unter Waffen gestanden. Vom Military Intelligence Service waren 6.000 Nisei im pazifischen Raum vornehmlich als Dolmetscher, aber auch als Kundschafter usw. eingesetzt. 40)

39) Dillon S. Myer, "Uprooted Americans", aaO, S. 150.

40) John Tateishi, "And Justice for All — An Oral History of the Japanese American Detention Camps", New York 1984, S. XXIV-XXV.

"In einem Memorandum hat ein WRA-Anwalt Ende 1943 anti-japanische Gesetze und Verordnungen in 20 Staaten zusammengestellt, unter ihnen Verbote für japanische Amerikaner (einschl. Eingebürgerter), Land zu kaufen, Heiratsverbote mit Andersrassigen, Behinderungen bei Erteilung von Geschäftserlaubnis, Lizenzverbote, Nichtigkeitsverfügungen für Erbrechte, Ausschließung vom Zivildienst, Wahlbehinderungen und Ausschließungsklauseln in Standardverträgen." 41)

Als am 6. März 1944 die WRA dem Innenministerium unterstellt wurde, erhielten die Pläne für die Freilassung der Evakuierten einen höheren Stellenwert. Doch erst Anfang Juni 1944 erklärte sich das Kriegsministerium bereit, einzelne ausgesuchte Rückstiedler in das westliche Küstengebiet hineinzulassen.

Als Innenminister Ickes im Juni 1944 Präsident Roosevelt in einem Schreiben darauf hinwies, daß eine Gefahr für die Westküstenregion nicht mehr bestehe und daher eine Auflösung der WRA-Lager zu empfehlen sei, erwiderte Roosevelt:

"Ich sagte auf der Kabinettsitzung, daß im Hinblick auf die Ruhe im Inneren des Landes das ganze Problem nach und nach abgehandelt werden sollte, d.h. ich denke an 2 Methoden:

a) mit großer Diskretion zu überprüfen, wie viele japanische Familien für die öffentliche Meinung in bestimmten Gebieten der Westküste akzeptiert werden,

b) sich weitgehend zu bemühen, Familien in vielen Teilen der USA zu verteilen. Indem man mit den Leuten vom Mittleren Westen, im Osten und Süden spricht, bin ich sicher, daß es keine Bitternis geben wird, wenn sie verteilt werden — 1 oder 2 Familien in jeden Kreis als Beginn...

Warum sollte man nicht so verfahren, für eine Weile zunächst?"

41) Thomas James, "Exile Within" aaO, S. 134.

Der Öffentlichkeit hingegen erklärte Roosevelt, daß die Evakuierten in ihre alten Heimstätten zurückkehren könnten, sobald es die militärischen Bedingungen erlauben würden.⁴²⁾ So verschob dieser "Demokrat" diese Aktion bis auf die Zeit nach seiner erneuten Wahl im November 1944, für die er laut US-Verfassung gar nicht mehr hätte antreten dürfen.

Erst am 17. Dezember 1944 verfügte Roosevelt die Aufhebung der Executive Order 9066 mit Wirkung für den 2.1.1945. Selbst dann erhob das Militär-Kommando Westküste noch Vorbehalte gegen 10.000, dann 5.000 Rücksiedler, die nach wie vor "gefährlich" seien. Erst im September 1945, d.h. nach Kriegsende ebte der Widerstand der Militärs ab.

Die parallel dazu in den vergangenen Jahren genährten Haß- und Hetzkampagnen der Westküstenmedien und Organisationsvertreter hatten sich im Herbst 1943 angesichts des militärischen Kommandowechsels — General DeWitt wurde in Ruhestand versetzt und durch General Lemmons von Hawai ersetzt — sogar noch bis über das Kriegsende hinaus gesteigert.⁴³⁾ Sie erfaßten Zeitungen, Broschüren, Filme, Rundfunkkommentare und einflußreiche Organisationen. So wurden Vorschläge publik gemacht wie die, alle Japs nach Japan oder auf eine Insel im Pazifik zu deportieren oder sie in den Konzentrationslagern an Altersschwäche sterben zu lassen. Andere sprachen den Japanern das Menschsein ab, wie ein Pamphlet "Schmeißt die Japaner raus" deutlich machte:

"Kein Japaner ist fähig, sich mit menschlichen Wesen auf eine Stufe zu stellen."⁴⁴⁾

Wir würden dies nicht zitieren, wären Verfasser und Verbreiter nicht einflußreiche Persönlichkeiten der Westküste gewesen. Selbst im Senat Kaliforniens tönte ein keineswegs allein stehender maßgebender Mann am 19.10.1943:

"Es ist unsere christliche Pflicht, die Japaner aus dieser westlichen Welt der christlichen Zivilisation herauszuhalten."⁴⁵⁾

Er plädierte auf Deportation aus den USA. Die inzwischen in San Francisco und Los Angeles nachgeückten Mexikaner und Farbigen blieben hierbei unerwähnt. Selbst die Gefahr von zu erwartenden Gewaltakten, sogar Massenmorden an den Rückkehrern wurde vom Staatskomitee und der Presse suggeriert.⁴⁶⁾

US - Justiz zu den Konzentrationslagern

Erst allmählich setzte sich hier Monate nach Kriegsende ein gemäßigter Ton durch. Maßgebend hierfür waren — abgesehen von der allgemeinen politischen Lageentwicklung —

a) die inzwischen gesprochenen höchstrichterlichen Urteile auf Grund der von einigen Isseis 3 Jahre vorher angestrebten Prozesse,

b) der Druck aus Washington auf Entlassung der japanischen Volksgruppe entsprechend der Verfassungsgrundsätze.

Terminlich klappte die Regie wie abgesprochen:

Am 17. Dezember 1944 annullierte F.D. Roosevelt den Ausweisungsbefehl 9066 mit Wirkung zum 2.1.1945. Am selben Tag hob auch das Militärkommando Westküste die Ausweisungsbeschlüsse auf. Am 18. Dezember verkündete die WRA die Freilassung der "residents" und Schließung der Lager zum Jahresende 1946. Am selben Tag sprach das Oberste US-Gericht in Washington in einstimmiger Entscheidung die letztinstanzlichen Urteile in zwei Parallelfällen:

42) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO. S. 372.

43) Allan R. Bosworth, "America's Concentration Camps", aaO., S. 215 ff.

44) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal" aaO. S. 357 ff.

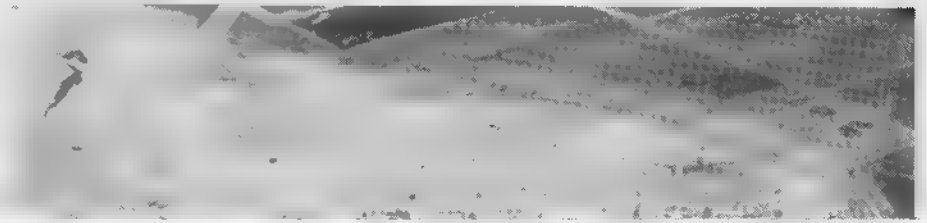
45) Allan Bosworth, "America's Concentration Camps", aaO. S. 216.

46) Dorothy Thomas, "The Spoilage", aaO. S. 345.



Militär-Polizei hält am Bewachtungsturm im Rennstadion Santa Anita in der Nähe von Los Angeles im April 1942 Wache. Es war nun eines der berühmtesten Sammlungscentren für die Japan-Amerikaner.

Die vom Militär verfügten Ausweisungen im Februar 1942 waren rechtlich auf die Executive Order 9066 des Präsidenten abgestützt, damit rechtens. Die Entscheidung des Präsidenten der USA sei aus militärischen Gründen,



Order). Diesen Fall auf die Schiene rassistischer Vorurteile zu verweisen ohne Hinweis auf die realen, seinerzeit vorhandenen militärischen Gefahren, verwirrt den Fall.

Korematsu (der Kläger, d. Verfasser) war aus dem Militärbereich, nicht aus Feindschaft ihm oder seiner Rasse gegenüber ausgewiesen worden. Er war ausgeschlossen worden, weil wir uns mit dem Japanischen Empire im Krieg befanden, weil die eigens geschaffenen Militärbehörden eine Invasion unserer Westküste befürchteten und sich genötigt sahen, geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, weil sie entschieden, daß die Dringlichkeit der Lage erforderlich machte, alle Bürger japanischer Abstammung zeitweilig von der Westküste zu entfernen, und schließlich weil der Kongreß der zu dieser Kriegszeit unseren militärischen Führern sein Vertrauen entgegengebracht hat — wie er es unvermeidlicher Weise mußte — beschlossen hat, daß sie die Macht haben sollten, genau dies zu tun.

Da gab es Beweise über Illoyalität seitens einiger. So erachteten die Militärbehörden, daß zu handeln dringend und die Zeit knapp war. Wir können uns nicht in die ruhige Atmosphäre der Nachhinein-Betrachtung zurückziehen und nunmehr sagen, daß zu jener Zeit diese Aktionen nicht gerechtfertigt gewesen seien." 50)

In höchst richterlicher Rechtsprechung fand das Supreme Court of the United States im Oktober 1944 (Aktenzeichen 323 US 214 - 248) folgende Beurteilung, die schließlich auch auf andere Staaten übertragbar ist:

"Aber Härten sind ein Teil des Krieges und Krieg ist eine Anhäufung von Härten. Alle Bürger, ob in Uniform oder nicht, fühlen den Druck des Krieges in größerer oder geringerer Weise. Staatsbürgerschaft bringt Verantwortlichkeiten ebenso wie Rechte mit sich, und in Kriegszeiten sind die Lasten stets größer. Zwangsaussiedlungen von größeren Bürgergruppen aus ihren Behausungen, außer im Falle dringender Notstände und Gefahren ist grundsätzlich mit unseren Regierungsinstitutionen unvereinbar. Aber wenn unter Bedingungen einer modernen Kriegführung unsere Küsten von feindlichen Kräften bedroht sind, muß die Macht zum Schutz mit der drohenden Gefahr abgewogen werden." 51)

Chiefjustice Richter Jackson: 52)

"Es wäre unpraktischer und gefährlicher Idealismus, zu erwarten oder darauf zu bestehen, daß jeder besondere militärische Kommandeur in einem Gebiet wahrscheinlicher Operationen sein Handeln dahingehend überprüfen wird, ob es mit der Verfassung übereinstimmt. Wenn ein Gebiet so beschaffen ist, daß es unter militärische Kontrolle gestellt werden muß, ist der hauptsächlich Gesichtspunkt der, ob die Maßnahmen erfolgreich, nicht ob sie legal sind. Die militärischen Kräfte haben die Gesellschaft zu schützen, nicht bloß ihre Verfassung.

Das Wesentliche des militärischen Dienstes besteht in dem Einsatz der physischen Kraft, um jeden Widerstand zu brechen und jeden strategischen Nutzen zu ermöglichen. Verteidigungsmaßnahmen werden nicht und sollten oft nicht in jene Grenze

verwiesen werden, die Zivilbehörden in Frieden binden.

Kein Gericht kann von einem Kommandeur in solchen Umständen erwarten, daß er als vernünftiger Mann handelt. Er mag unvernünftig, vorsichtig und exakt sein. Vielleicht sollte er es. Aber ein Kommandeur, bei dem sich zeitweilig das Leben einer Gemeinschaft zur Bewältigung von Verteidigungsmaßnahmen konzentriert, führt ein militärisches Programm aus. Er macht keine Gesetze in dem Sinne, wie die Gerichte ihre Bestimmungen kennen. Er erteilt Befehle, und sie mögen als militärische Kommandos eine gewisse Autorität für sich haben, obgleich sie sehr schlechtes Verfassungsgesetz wären.

Aber da wir militärische Zweckmäßigkeit nicht mit der Verfassung einschränken können, würde ich niemals die Verfassung entstellen um zu überprüfen, ob das Militär mit ihr in Einklang steht. Dies ist es, was das Gericht anscheinend tut, ob bewußt oder unbewußt. Ich kann auf Grund der mir vorliegenden Beweismittel nicht sagen, ob die Befehle von General DeWitt vernünftig abgewogen und militärisch vorsichtig waren oder nicht. Aber selbst wenn es zulässige militärische Maßnahmen waren, leugne ich, daß daraus folgt, daß sie verfassungskonform waren. Wenn dies, wie das Gericht der Meinung ist, daraus zu folgern sei, dann können wir ebenso sagen, daß jeder militärische Befehl verfassungskonform ist, und wir uns damit abzufinden haben.

Meine Pflichten als Richter, wie ich sie sehe, erfordern von mir nicht, vom militärischen Gesichtspunkt aus zu beurteilen, ob das Evakuierungs- und Einsperrungsprogramm von General DeWitt rationaler militärischer Notwendigkeit entsprach. Ich unterstelle nicht, daß die Gerichte versuchen sollten, der Armee in die von ihr auszuführenden Aufgaben hineinzureden. Aber ich denke nicht, daß sie (die Gerichte) gefragt werden sollten, ob eine militärische Notmaßnahme durchgeführt werden sollte, die keinen Platz in einem Gesetz im Rahmen der Verfassung hat. Ich würde gegen das Urteil sein und den Gefangenen freisprechen." 53)

An anderer Stelle sagte er:

"Eine juristische Konstruktion zugunsten der durchgeführten Maßnahmen ist ein spitzfindiger Schlag gegen die Freiheit als die Bekanntmachung des Befehls selbst." 54)

Die Richter Murphy und Roberts blieben mit ihrer abweichenden Meinung in der Minderheit.

Richter Murphy:

"Die Evakuierung war die Legalisierung von Rassismus."

Richter Roberts:

"Es war eine klare Verletzung konstitutioneller Rechte." 54)

Rückkehr ins Ungewisse

Dennoch standen die Zeichen für die Rückkehr — im Januar 1945 noch 80.000 Personen — nicht günstig. Zahlreiche Geschäftshäuser hatten ihre Scheiben mit Schildern dekoriert wie "Japaner unerwünscht", "keine Zigaretten, keine Neger, keine Japs" 55), "Kein Handel mit Japanern erwünscht" 56).

53) Dillon S. Myer, "Uprooted Americans", aaO S. 265 - 266.

54) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal", aaO. S. 376 - 377.

55) Audrie Girdner / Anne Loftis, "The Great Betrayal", aaO. S. 396.

50) Dillon S. Myer, "Uprooted Americans", aaO. S. 262.

51) Lillian Baker, "The Concentration Camp Conspiracy: A Second Pearl Harbor", aaO, S. 15.

52) Seine Urteilsbegründung ist für uns Deutsche besonders hervorzuheben, da er im Nürnberger "Hauptkriegsverbrecher-Prozeß" des Militärtribunals der Siegermächte über den besiegten deutschen Kriegsgegner als amerikanischer Hauptankläger aufgetreten war.

Japaner wurden in Geschäften nicht bedient, nächtliche Überfälle vor allem in ländlichen Gegenden⁵⁷⁾, geheimnisvolle Brandanschläge, verwüstete Friedhöfe, verweigerte Berufs- und Pachtlizenzen⁵⁸⁾ kennzeichneten die Stimmungslage. Das hielt an bis 1946.

Viele wurden dadurch abgeschreckt zurückzukehren. Ungefähr 50.000 haben einen Neuanfang im Westküstenbereich gewagt: weniger als die Hälfte der Ausgewiesenen. Die überwiegende Mehrzahl verteilte sich auf andere Gebiete der USA.⁵⁹⁾

Es bedurfte energischer Warnungen aus Washington, die Gesetze zu beachten, um den Rückkehrern gesicherte Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Die WRA hat in den Westküstengebieten zeitweilig bis Mai 1946 = 25 Distrikt-Büros eröffnet, um den Rückkehrern bei der Eingliederung in ihre alten Lebens-Verhältnisse, vornehmlich auch bei ihrer zeitweilig provisorischen Unterbringung in Wohnwagen und Armeebaracken ("Rücksiedlerlagern") behilflich zu sein. Mit 25 Dollar waren sie von den WRA-Lagern auf die Reise geschickt worden. Viel von ihren Sachen, sozusagen nahezu alles, war inzwischen geplündert worden. Von Strafprozessen gegen solche Plünderer ist nichts bekannt geworden.

Der Neuanfang, auch der Anschluß an das Berufsleben war schwer. Von den hauptsächlich wirtschaftlichen Betätigungsfeldern — Landwirtschaft, Gemüse- und Obsthandel, Fischerei — blieben sie noch Jahre nach Kriegsende ausgeschlossen. Zum einen wegen ihres Vermögensverlustes, zum anderen wegen der nach wie vor gültigen Landkauf- und Pachtverbote für Fremde.

Einführung von Konfiszierungsmaßnahmen gegen eine große Zahl japanischer Familien mit der Unterstellung, daß das Land trotz des staatlichen Fremden-Land-Gesetzes aus dem Jahre 1913 im Besitz von Fremden gewesen sei. Diese Fälle wurden im späteren Kriegsverlauf vorgebracht, da zahlreiche Beklagte noch von Kalifornien ausgeschlossen waren. Einige dieser Verfahren wurden sogar erst 1946 in Gang gesetzt." 59)

Dies betraf auch Fälle, da der Landbesitzer ein Nisei, also ein geborener US-Bürger war, der das Geld für diesen Landkauf von seinem (japanischen) Vater geschenkt bekommen hatte. Diesbezügliche Prozesse dauerten zuweilen 15 Jahre.

"Die kalifornische Gesetzgebung stellte einen Betrag von 200 Millionen Dollar zur Verwendung durch den Generalstaatsanwalt bereit, um Verstöße gegen die Fremden-Land-Gesetze aufzudecken und Konfiszierungsaktionen gegen mutmaßliche Mißachter durchzuführen. Schließlich wurden während der Kriegszeit 80 Fälle gegen Evakuierte in Gang gesetzt, die von Kalifornien ausgeschlossen waren. 50 dieser Fälle waren 1946 noch nicht entschieden. Eine Anzahl Farmen wurde an den Staat übereignet und verkauft. Während die einzelnen ihren Landbesitz verloren haben und ihn nicht zurückerhalten konnten, weil er inzwischen verkauft war, hat die kalifornische Gesetzgebung einige Zeit später und in einem Versuch von Fairneß Geld zum Ausgleich für die übereigneten Ländereien zur Verfügung gestellt." 59)

Noch im März 1945 haben die drei Westküstenstaaten Kalifornien, Washington und Oregon ihre Restriktionsmaßnahmen gegen die japanischen Rückkehrer durch dahingehende Ergänzungen in ihrer Fremden-Land-Gesetzgebung verschärft, daß künftig Fremde weder von Land leben noch es nutzen dürfen, das auf den Namen eines eingebürgerten Verwandten erworben worden ist.

Im Jahre 1948 hat das Oberste Bundesgericht

Angestellten. Annähernd 45.000 arbeitsfähige Erwachsene
wurden normaler nutzbringender Arbeit mit einem geschätzten

Am 3.10.1965 hat Präsident Lyndon B. Johnson

Peru

Für die Ausweisung der Personen japanischer Abstammung in Peru sind Präsident F.D. Roosevelt und der peruanische Präsident Manuel Prado verantwortlich. Unter Berufung auf die nationale Sicherheit konnten in Peru die persönlichen Freiheiten aufgehoben, jeder Angehörige eines mit den USA im Krieg befindlichen Staates ohne Haftbefehl in andere Teile des Landes verbracht, eingesperrt, sogar außer Landes verwiesen werden. So wurden zwischen April 1942 und 1945 = 1.800 Japan-Peruaner interniert, ihr Vermögen kassiert und zunächst unter dem Vorwand einer Repatriierung nach Panama, anschließend aber neben Leidensgenossen aus 12 anderen Ländern Mittel- und Südamerikas in die USA verbracht. Dort blieben sie — getrennt von den anderen — bis Kriegsende in Speziallagern des Einwanderungs- und Naturalisationsdienstes eingesperrt. ⁶⁸⁾

Diese Lager waren das Tuna Canyon Detention Center nördlich Los Angeles in den San Gabriel Bergen, bei Kenedy (Texas), Seagoville, Camp Livingston in der Nähe von Alexandria (Louisiana), Fort Sile (Oklahoma), Fort Missoula in den Bergen von Montana, Santa Fe oder Lordsburg in New Mexico und

Verhalten anderer Länder Kanada

Die kanadische Regierung, die in der Zeit sich jeweils den Restriktions-Maßnahmen der USA gegenüber der Einwanderung aus Asien angegeschlossen hatte, verfügte nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor die Ausweisung der 22.000 Personen japanischer Abstammung aus Columbia. In der Mehrzahl handelte es sich um kanadische Staatsbürger, die in das Land verschifft wurden. Die Männer wurden beim Straßenbau und in den Gebirgen, die Frauen und Kindern, untergebracht, gesellschaftliche Unternehmungen unterbunden. Das Wahlrecht war ihnen entzogen, ihr Ausschluß aus der Armee bis Kriegsende mittelbar vor Kriegsende verfügt.

Die Regierung, die versprochen hatte

aus. ... In der Armee gab es einen gewaltigen Lebensmittelüberschuß; zur selben Zeit herrschte Hunger in den Lagern. Dieser Überschuß in den Bestandskarteien für US-Armeepersonal nahm sogar noch zu in der Zeit, in der Eisenhower sagte, daß die Rationen für US-Armeepersonal gekürzt würden. Die Zufuhr aus US- und lokalen (deutschen) Quellen nahm in dieser Periode um 7% zu." (S. 72 + 73)

"Es gab in Europa 13.000.000 Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes, von denen jedes einzelne einen Menschen einen Monat lang mit 500 Kalorien pro Tag versorgen konnte. Außerdem besaßen die Franzosen 1.600.000 weitere, in der Gesamtzahl nicht mitgerechnete Pakete.

Weit davon entfernt, die eigene Ernährung zu kürzen, um die hungernden Massen in Europa zu speisen, nahm die Armee ab Anfang Juli Europäern, einschließlich Tschechen und Deutschen, Lebensmittel weg, angeblich, um Gefangene zu verpflegen, in Wirklichkeit aber für ihre eigenen Zwecke. ... Aus amerikanischer und lokaler Beschaffung bezog die Armee im Juli 2.500.000 Rationen für das Gefangenenkonto mehr als sie an die Gefangenen ausgab. Im August stieg diese Zahl auf 3.000.000 pro Tag.

Die Armee besaß Lebensmittel in solcher Fülle, daß es einmal, als in England versehentlich ein ganz gefülltes Lagerhaus aus den Bestandslisten kippte, 3 Monate lang überhaupt nicht bemerkt wurde. Annähernd 6% des permanenten Überschusses an Armeerationen in Europa hätten -- mit zusätzlichen 1.300 Kalorien pro Tag -- ausgereicht, um 800.000 Menschen in den Lagern, die inmitten des Überflusses verhungerten, für die Dauer von 100 Tagen am Leben zu erhalten." (S. 74 + 75)

Ungeachtet dessen befanden sich im April 1945 noch ungefähr 10 Millionen Hilfspakete auf dem Weg von den USA nach Europa (S. 88). General Eisenhower verweigerte die sachgerechte Verteilung der Lebensmittel, Zelte sowie anderer Versorgungsgüter an deutsche Gefangene und verbot bzw. unterband Selbsthilfeleistungen von deutscher und anderer Seite.

Im Herbst 1945 hatten sich bei der US-Army in Europa so viele Lebensmittel angehäuft, daß sie diese nicht mehr lagern mochte und erwog, sie in die USA zurückzuschicken.

"Bei alledem hungerten die Gefangenen weiter." (S. 123)

Ausschaltung des Internationalen Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen

Am 8. Mai 1945 entzog die US-Regierung der Schweiz die internationale Schutzmachtfunktion in bezug auf Deutschland. Eisenhower wurde von Washington aus instruiert:

"Es gibt keine Schutzmacht mehr, die deutsche Interessen wahrnimmt. Daher können Angelegenheiten, die sich auf deutsche Kriegsgefangene beziehen, nicht weitergeleitet werden." (S. 84)

Eisenhower hatte verstanden: Er verweigerte Delegierten des IRK Zutritt zu den Gefangenenlagern, lehnte auch Rot-Kreuz-Hilfslieferungen ab und schickte im

Mai/Juni 1945 sogar zwei voll mit Hilfsgütern beladene Rot-Kreuz-Züge aus der Schweiz, die bereits bis Mannheim bzw. Augsburg gelangt waren, nach Bern zurück. Dort hatte man angesichts der überfüllten Lager Schwierigkeiten, die Hilfsgüter den jeweiligen Eigentümern in Frankreich und Belgien zurückzubringen (S. 226).

"Noch gegen Ende Februar 1946 wurde das IKRK -- ebenso wie andere Hilfsorganisationen -- von den Vereinigten Staaten daran gehindert, Hilfe für deutsche Kinder und für Kranke in der US-Zone heranzuschaffen." (S. 87)

Als einziger aus dem Kreis der Alliierten, der diese Brückierung der Schweiz und damit der völkerrechtswidrigen Mißachtung internationaler Konventionen widersprochen hatte, war der kanadische Premierminister Mackenzie King. Als Vertreter eines Staates des Britischen Commonwealth richtete er seinen Protest an das Foreign Office u.a. mit den Worten:

"In der Konvention ist die Annahme enthalten, daß Kriegsgefangene zu jeder Zeit eine Schutzmacht haben werden, der sie Beschwerden vortragen und an die sie Anfragen richten können ... Es ist von Vorteil für die internierende Macht, wenn es eine neutrale Stelle gibt, die sich mit den Gefangenen befaßt, ... ebenso wie es von Vorteil ist, wenn es eindeutige dokumentarische Beweise dafür gibt, daß es zu keinem Mißbrauch unumschränkter Macht durch die internierende Macht gekommen ist...." (S. 85)

In London wies man diese Einlassung "mit würdevoller Herablassung" ab, indem St. C.H. Roberts darauf hinwies, daß infolge des "Verschwindens der deutschen Regierung" die Regierungen Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA die höchste Verfügungsgewalt übernommen haben, was sich auch auf den Schutz der Interessen der deutschen Kriegsgefangenen erstreckte. (S. 86)

Bis Dezember 1945 blieb die US-Besatzungszone für alle Hilfslieferungen gesperrt; es war genau der Monat, da Eisenhower zur Ablösung George Marshalls als Generalstabschef nach Washington berufen wurde. Eisenhower war es, der nicht nur die Verpflegungssätze für deutsche Kriegsgefangene unter ein Existenzminimum drückte, sondern auch der deutschen Zivilbevölkerung auswärtige Hilfe verweigerte, indem er

a) zahlreichen amerikanischen Hilfsorganisationen das Betreten der US-Besatzungszone verweigerte,

b) die Presse daran hinderte, sich ordnungsgemäß zu informieren und

c) die Hilfsorganisation der Vereinten Nationen -- UNRRA -- wie eine Dienststelle der US-Armee behandelte.

Zur Vorsätzlichkeit der mit "harter Politik gegenüber den Deutschen" noch schmeichelhaft umschriebenen Besatzungsmaßnahmen Eisenhowers gehörte auch der "Automatische Arrest" für alle irgendwie parteipolitisch oder in der Verwaltung, im Unterrichtswesen und der Wirtschaft hervorgetretenen Männer und Frauen, Vermögensentzug, Berufsverbote, Entnazifizierungs- und

Justizrichtlinien, Demontagen, Werksschließungen, zügelloser Raub deutscher Patente und Wissenschaftler, aber auch die Zerschlagung sämtlicher sozialen Wohlfahrtseinrichtungen, Abriegelung der Besatzungszonen voneinander, Reisebeschränkungen usw.

Das alles mußte nach Zerstörung aller größeren deutschen Städte und dem Flüchtlingselend das Chaos in Deutschland nicht nur aufrechterhalten, sondern noch in einem Ausmaß ausweiten, daß von deutscher ziviler Seite eine Hilfe für die Millionen deutschen Soldaten, zumal jene, die seit Mitte April 1945 in die Rheinwiesen bei Remagen, Mainz, Hechtsheim, Dietersheim, Bingen-Budesheim, Bad Kreuznach und anderswo eingewiesen wurden, vereitelt wurde. Eisenhower berief sich später darauf, das Chaos oder die deutschen Behörden, denen Hilfsaufgaben übertragen worden seien, hätten eine vernünftige Versorgung verhindert. Doch dies war Blasphemie. Er wußte genau, daß dies nicht stimmte! Indessen konnte die amerikanische und sonstige Öffentlichkeit, die mit einer "amtlichen verstärkten Greuelpropaganda gegen Deutschland" versorgt, aufgeputscht und darauf fixiert wurde, teils aus "Interesse", teils aus Unkenntnis "abgelenkt" werden. In diesem Sinne erfüllten sich die Erwartungen des britischen Informationsminister Brendan Bracken und Dwight D. Eisenhowers.

In einer vom Juli bis September 1945 anhaltenden Korrespondenz ersuchte Eisenhower seinen Vorgesetzten George Marshall, ihm zu befehlen, Hilfsersuchen der Quäker für die Kinder in Deutschland zu unterbinden, und bat um Geheimhaltung wegen zu erwartender unerwünschter Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit und weiterer Ersuchen um Hilfeleistung durch noch andere Organisationen (S. 97). George Marshall empfahl den Kombinierten Stabschefs, Eisenhowers Ersuchen zu befürworten, was diese dann auch taten. Dies geschah zu einer Zeit, da die Deutschen schon Monate mit offiziellen Tagesrationen unter 1.550 Kalorien hungerten und selbst ihre Rot-Kreuz-Organisation zerschlagen worden war. Man muß hierbei wissen, daß in vielen deutschen Städten selbst Tagesrationen von 700 oder 1.190 Kalorien nicht gewährleistet waren und selbst in der britischen Zone den Bergarbeitern im Ruhrgebiet 900 Kalorien zugemutet wurden, wo doch das Existenzminimum über 2.000 liegt.

"Als die Briten 1.550 Kalorien pro Tag für die deutschen Zivilisten zusammenkratzten, brachten es die Amerikaner auf 1.275 und die Franzosen auf 950.

In der britischen Zone war ... verbreitete Unterernährung die Folge. Die hohe zivile Sterblichkeit, um 80% über derjenigen in Großbritannien liegend, wo sie 1,2% pro Jahr betrug, zeigte, daß der Hunger allein in der britischen Zone bis zu 220.080 Todesopfer pro Jahr forderte. Das war nun die Zone, wo die Briten, wie General Hilldring von der US Army meinte, die Deutschen zu üppig verpflegten." (S. 102)

Eisenhowers Nachfolger als Militärgouverneur, Lucius Clay, schrieb rückblickend:

"Deutschland würde verhungern, wenn es nicht für den Export produzieren könnte, aber wir wurden nicht nur daran gehindert, geeignete Schritte einzuleiten, sondern man verlangte auch von uns, die Produktion auf vielen Gebieten einstellen zu lassen, bis eine Einigung im Kontrollrat herbeigeführt werden konnte, und die konnte durch ein einziges Veto und unbegrenzt lange Zeit blockiert werden...."

Es unterlag keinem Zweifel, daß JCS 1067 (die us-amerikanische Besatzungsdirektive, -- d. Verf.) den karthagischen Frieden anstrebte, der während der ersten Besatzungsmonate alle unsere Unternehmungen in Deutschland beherrschte." (S. 98 - 99.)

Verweigerung des Kriegsgefangenen-Status

In Vorausplanung seines Massenmordes gegenüber den wehrlos in seine Macht fallenden deutschen Kriegsgefangenen hat Eisenhower bereits am 10. März 1945 bei den Kombinierten Stabschefs (CCS) schriftlich ange-regt, mit dem Tag der deutschen Kapitulation eine neue Kategorie von Gefangenen zu schaffen -- die **Disarmed Enemy Forces (DEF)**, entwaffnete Feindkräfte --, die weder den völkerrechtlichen Status von Kriegsgefangenen erhalten noch von der Armee versorgt werden sollten. Seine Begründung, die US Army hätte nicht genügend Lebensmittel und Versorgungsgüter, war unaufrichtig, besser gesagt, verlogen: denn er wußte es besser.

Mit dieser neuen Kategorie von Kriegsgefangenen konnte Eisenhower

- a) den geplanten Entzug von Rechten,
- b) die Herabstufung von Nahrungsmittelrationen durchsetzen und
- c) den Verbleib von Kriegsgefangenen mittels Tricks in der Buchführung und Statistik verschleiern.

Dies geschah auch prompt, nachdem die Kombinierten Stabschefs am 26. April 1945 Eisenhowers Vorschlag mit einigen Vorbehalten und der Ergänzung gebilligt hatten, daß

"eine öffentliche Erklärung bezüglich des Status von deutschen Streitkräften oder entwaffneten Truppen nicht abgegeben" wird. (S. 42)

Dieser Formulierung ist zu entnehmen, daß sich auch die Kombinierten Stabschefs darüber im klaren waren, daß hier etwas beabsichtigt ist, was tunlichst vor der Weltöffentlichkeit geheimgehalten werden sollte.

Großbritannien hat sich diesem Tun nicht angeschlossen, dafür aber 3 Entscheidungen, die allerdings ebenfalls gegen die Rotkreuz-Konvention verstießen, gebilligt:

- (1) Verweigerung gegenüber dem IKRK⁷⁷⁾, Delegier-

77) Internationales Komitee des Roten Kreuzes in Genf

te zur Inspektion der Gefangenenlager zuzulassen,

(2) Gefangene den Franzosen zur "Sklavenarbeit" (Sprachgebrauch des Nürnberger Siegertribunals) zu überstellen,

(3) deutsche Gefangene auch gegen ihren Willen an die Russen auszuliefern.

Dennoch hat das IKRK seinerzeit einige Kenntnis von den Lagerzuständen unter US-Verwaltung erhalten, hauptsächlich von den Franzosen, denen zwecks Wiederaufbauarbeiten Hunderttausende unterernährte deutsche Kriegsgefangene überstellt wurden. So berichtete das IKRK an das US-Außenministerium im September 1945 von einer großen Zahl halb verhungerten und kranker deutscher Gefangener aus verschiedenen amerikanischen "cages", die den Franzosen übergeben worden waren. Das IKRK mahnte ausreichende Lebensbedingungen für die Gefangenen bei den Amerikanern an und erwähnte auch gleichermaßen katastrophale Verhältnisse in den französischen Lagern, wo die deutschen Gefangenen zu Dutzenden in der Woche sterben und die französische Regierung keine Abhilfe schaffe.

Heimtückischer Lebensmittelentzug

Über die Reduzierung der Gefangenenrationen waren sich Eisenhower und der britische Premier Winston Churchill, die am 15. Mai 1945 darüber konferierten, einig: Eisenhower -- er hatte "dieser Angelegenheit bereits erhebliche Aufmerksamkeit zugewendet", darüber also bereits langfristige Vorstellungen! -- erklärte, er habe die Rationen bereits auf 2.000 Kalorien herabgesetzt. Dabei anerkannte er ein Lebensminimum von 2.150 an und wußte natürlich von den 4.000 Kalorien pro Tag für seine Truppen.

Aber mehr noch: Er verriet Churchill, daß er überlege, die Rationen für die deutschen Gefangenen noch weiter zu reduzieren, dies tat er dann auch. Was er dem britischen Premier **nicht** bekanntgab, war, daß er bereits wußte, daß seine verwendeten Zahlen seit der deutschen Kapitulation gar nicht stimmten und die deutschen Gefangenen unter seiner Befehlsgewalt bereits zu Tausenden, später Hunderttausenden an Unterernährung, fehlender Hygiene und Seuchen starben, -- und dies von ihm beabsichtigt war, verweigerte er doch alles, was die Verhältnisse sofort hätte bessern können: Ausreichende Verpflegung, menschenwürdige Unterbringung -- und sei es in Zelten -- oder Entlassungen. Allein US-General George S. Patton rettete auf diese Weise die deutschen Kriegsgefangenen vom Kriegsschauplatz Italien/Österreich, indem er sie in ihre Heimat entließ.

Verschleierung des Vorhabens

Doch nicht allein die Reduzierung der Lebensmittelrationen und das Einsperren von 2 Millionen deutschen Gefangenen in Feldwiesen-"Käfigen" mit Größenordnungen von 8.000 bis 32.000 Mann ohne jegliches Obdach und ohne hygienische Voraussetzungen umfaßten Eisenhowers Plan allein: Das Vorhaben mußte und konnte trotz dieser Größenordnung vor seinen Vorgesetzten z.T., insbesondere aber vor der Weltöffentlichkeit so verschleiert werden, daß es nicht auffiel.

Eisenhowers Verbrechen bestand in der bereits geschilderten Schaffung von zwei Kategorien Gefangener, den *Prisoners of War* (PoW) und den *Disarmed Enemy Forces* (DEF). Irgendein Buchhalter wurde auf Grund von Kopfnicken und Augenzwinkern ohne schriftliche Befehle veranlaßt, nach Lust und Laune die Zahlen beider Kategorien beliebig ineinander zu überführen, die zugehörigen Dienststellen über den Bestand der einen Kategorie, nicht jedoch der anderen, auch nicht über behauptete Entlassungen und "andere Verluste" sachgerecht zu informieren. Als am 4. August 1945 befohlen wurde, den letzten PoW in den DEF-Status zu überführen, waren bereits eine Million Menschen -- auch in der Buchführung -- verschwunden.

Wiederholt gab es Ärger mit der eigenen Militärverwaltung: Die Gefangenenzahlen stimmten nicht und damit auch nicht die Rationen und Bewilligungsbescheide aus Washington. Das wurde im Sommer 1945 immer schlimmer.

"Pattons Armee war die einzige auf dem ganzen Schauplatz, die im Mai 1945 Gefangene in erheblicher Zahl freiließ und damit viele von ihnen vor dem Verhungern bewahrte. General Omar Bradley sowohl als auch General J.C.H. Lee -- zuständig für Logistik auf dem europäischen Kriegsschauplatz -- befahlen Mitte Mai die Entlassung von Gefangenen, aber ein von Eisenhower unterzeichneter SHAEF-Befehl widerrief am 15. Mai ihre Befehle. Es führte dazu, daß der gewissenhafte und human denkende Lee sich große Sorgen wegen der Aushungerung der Männer machte, für die er verantwortlich war, und er von seinem Hauptquartier in Paris ein geradezu herausforderndes Kabel an das SHAEF-Hauptquartier in Frankfurt abfeuerte:

'Die Herstellung ausreichender Grundlagen für Beschaffung von Rationen für die derzeit auf dem Schauplatz befindlichen PoWs bereitet dem Hauptquartier beträchtliche Schwierigkeiten. Gefangenen-Ist-Stärke übertrifft geschätzte Gefangennahmen und ist höher als die Zahl der zuvor angeforderten Rationen von der Inneren Zone (USA). Derzeitige Ernährungslage auf dem Schauplatz ebenso wie in Innerer Zone extrem kritisch. Zusätzliche Lebensmittellieferungen, um Mindestdsätze für Kriegsgefangene einhalten zu können, von Innerer Zone nur bei umfassender und vollständiger Begründung zu erlangen. Dieses Hauptquartier hat mehrfach um Erklärungen über Gefangenen-Ist-Stärke er-

sucht ... als Basis für Rationsanforderungen beim Kriegsministerium. Als Antwort auf Anfragen dieses Hauptquartiers ... sind mehrere unterschiedliche Angaben über Gefangenzahlen von SHAEF veröffentlicht worden.'

Er führt dann die neueste SHAEF-Erklärung an:

'Kabel ... datiert 31. Mai konstatiert Ist-Stärke von 1.890.000 Kriegsgefangenen und 1.200.000 entwaffneten deutschen Streitkräften. Die besten in diesem Hauptquartier verfügbaren Zahlen zeigen Kriegsgefangene in Com Z (Communication Zone = Etappe) 910.980, in Com-Z-Durchgangslagern 1.002.422 und in der 12th Army Group 965.135, insgesamt also 2.878.537; hinzu kommen 1.000.000 entwaffnete deutsche Streitkräfte in Deutschland und Österreich.'

Es war in der Tat erstaunlich. Lee erklärte, daß es in den Lagern der US Army in Europa eine Million Mann mehr gab, als SHAEF zugeben wollte. Lee erklärte, es gäbe 3.878.537 PoW und DEF; SHAEF-G3 gab am selben Tag, dem 2. Juni, seine erste Tabelle heraus, in der eine Ist-Stärke von nur 2.927.614 Mann an DEFs und PoWs aufgeführt war. Das trug erheblich zur Torpedierung der Absicht Lees bei, die Gefangenen zu verpflegen, denn gerade die Tabelle von SHAEF-G3 war die Basis für die PoW-Rationen." (S. 66 - 67)

"Lee mußte bei seinen Lebensmittelzuteilungen von der Ist-Stärke der Gefangenen ausgehen, die ihm von SHAEF-G3 genannt wurde, obwohl er wußte, daß sie um eine Million zu niedrig war." (S. 68)

Die Gesamtzahl der deutschen Kriegsgefangenen in Nordwest-Europa vom 6. Juni 1944 bis zum 2. Juni 1945 betrug 5.224.310. Diese nachgewiesene Zahl verschwindet jedoch schnell wieder. Dies geschah im wesentlichen in 3 Stufen:

1. Stufe:

Seit dem 4. Mai, als der erste PoW den Status eines DEF erhielt, wurde die Zahl der DEF nach und nach bis 2.126.545 Ist-Stärke plus "Entlassen" plus "Verlegt" plus "Sonstige Verluste" aufgestockt, diejenige der PoWs hingegen auf 2.870.400 mit den gleichen Vokabeln Ist-Stärke plus "Entlassen" plus "Verlegt" plus "Sonstige Verluste" reduziert. Die Buchführung dieser Übersichten wurde so schlampig und unkorrekt gehandhabt, daß angesichts der tatsächlich hohen Sterblichkeitsrate, der Verlegungen und "sonstigen Verluste" eine Überprüfung so gut wie nicht mehr möglich schien, zumal es sich "ja nur um Deutsche" handelte, die ohnehin als Freiwild galten. Weder die unglaublichen hygienischen Verhältnisse, noch die hohe Sterblichkeit an Unterernährung, Ruhr,

Typhus und ähnlichen Leiden haben das Gemüt der maßgebenden amerikanischen Befehlshaber, Lagerwachen und selbst Truppenärzte tangiert, wie sich aus erhalten gebliebenen Berichten ersehen läßt.

"Die berichterstattenden Ärzte zeigten sich nicht beunruhigt durch ihre Kenntnis der Tatsache, daß 'ehemalige Patienten' wie der junge Heinz T. aus ihren Krankenhaus- und Lazarett-Betten geholt und, krank und halbnackt, in Stacheldrahtkäfige gesteckt worden waren, wo sie im Schlamm schlafen mußten, während tausende von Betten in denselben Krankenhäusern und Lazaretten unbenutzt waren." (S. 79)

"Die Deutschen starben jetzt, da sie kapituliert hatten, viel rascher als während des Krieges. Mindestens 10mal so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront von Nordwest-Europa vom Juni 1941 bis zum April 1945 gefallen sind."

Eine bössartige Gleichgültigkeit breitete sich nach unten auf das gesamte Wachpersonal und sogar auf die Militärärzte aus, die den Lagern zugeteilt worden waren.

Während gewaltige Überschüsse an Lebensmitteln ungenutzt blieben, besuchten 4.000-Kalorien-Offiziere das Lager und erkundigten sich im Detail nach den Toten. In ihrem allgemeinen Bericht der Untersuchung meldeten die Ärzte mit quälender Genauigkeit die Todesursachen, die in vielen Fällen nur durch eine Autopsie der abgemagerten, stinkenden, gefährlichen Leichname festzustellen gewesen sein müssen. Abgesehen von den Zahlenangaben über die Gesamt-Sterblichkeit, zeichnen sich diese Berichte durch das kohärente Detail des Authentischen aus, unbeeinträchtigt durch irgendeinen Ausdruck des Mitgefühls, der Empörung oder des Entsetzens. ...

In Lagern entlang den Ufern des Rheins verzeichneten die Armee-Ärzte vom 1. Mai bis zum 15. Juni 1945 eine erschreckende Sterblichkeitsrate, 80mal so hoch wie alles, was sie je in ihrem Leben gesehen hatten. Tüchtig und gewissenhaft registrierten sie



"Es war bewußt herbeigeführte USArmy Politik, kein Obdach oder anderen Komfort in den Gefangenen-Käfigen zu gewähren."

-- Saturday Night -- September 1989

Behandlung durch die Franzosen

Hatten die Franzosen zunächst 1.750.000 Gefangene als Arbeitskräfte angefordert, so erhielten sie jedoch nur -- vorwiegend von den US-Streitkräften -- 730.000 (womöglich auch 886.000). Aber in welchem Zustand befanden sich diese Gefangenen! Französische Rot-Kreuz-Berichte -- und nur wenige haben die Zeit überdauert! -- vermittelten einen erschütternden Eindruck:

Überstellte Lager -- von den Franzosen als **"Lager des langsamen Todes"** bezeichnet -- glichen einem morastigen Boden,

"bevölkert mit lebenden Skeletten, die teilweise schon während der Inspektion oder binnen kurzer Zeit danach starben.

Andere kauerten sich unter Fetzen von Pappe, die sie verzweifelt festhielten, obwohl es ein heißer Julitag war. Frauen starrten aus Erdlöchern zu ihnen hinauf. Hungerödeme trieben

ihren Bauch zu einer grausigen Karikatur von Schwangerschaft auf, alte Männer mit langem grauen Haar versuchten schwach, ihm mit dem Blick zu folgen, Kinder von sechs oder sieben Jahren sahen ihn mit leblosen Augen an, gezeichnet mit den Ringen des Hungers. Julien (Hauptmann der französischen Resistance-Armee) wußte kaum, wo er anfangen sollte. In diesem Lager von 32.000 Menschen in Dietersheim konnte er nicht die kleinste Menge Lebensmittel finden. ...

Unter diesen 103.500 Menschen in den drei Lagern rings um Dietersheim, die im Juli von den Amerikanern an die Franzosen übergeben wurden als Teil der Arbeitskräfte, die für Reparationen eingesetzt werden sollten, zählten die Franzosen 32.640 alte Männer, Frauen, Kinder unter 8 Jahren, Jungen im Alter von 8 - 14 Jahren, Kranke im Endstadium und Krüppel. Die entließ man sofort. ...

In Hechtsheim krochen Hunderte bis auf das Skelett abgemagerte Menschen, gehüllt in Lumpen, über den Boden. ...

In Vincennes ist außer dem Bericht von Julien und eines IKRK-Delegierten in Frankreich kein Bericht über die Hunderttausende der anderen Gefangenen erhalten, die im Sommer 1945 von den Vereinigten Staaten übergeben wurden." (S. 104 - 105)

"Die drei Lager rings um Dietersheim glichen weitgehend den anderen Lagern, die die Franzosen in jenem Sommer von der US Army übernahmen. Im Hauptquartier der französischen Armee liefen viele Klagen über die schrecklichen Bedingungen ein, die die Offiziere in den US-Lagern in Deutschland und Frankreich vorfanden. Von den 1.000 in Marseille übernommenen Männern waren 287 absolut arbeitsunfähig, und das selbst nach den damaligen zynischen französischen Maßstäben. Im Lager von St. Marthe waren nur 85 von 700 arbeitsfähig. Im Bericht der französischen Armee aus Siershahn heißt es, daß sich dort unter den Gefangenen mehr als 400 Kinder unter 15 Jahren befunden hätten, einige von ihnen sogar unter 8 Jahren. Frauen gab es in dem Lager und Männer von mehr als 50 Jahren. In Erbeul bei Mons in Belgien waren, wie es in den schriftlichen Beschwerden hieß, 25% der von den Franzosen übernommenen Männer >>déchets<<, Abfall. Von den Leuten, die man im ehemaligen US-Lager Hechtsheim vorfand, waren zwei Drittel dem Hungertode nahe. ...

Die willkürlichen Erschießungen scheinen bei den Franzosen zahlreicher gewesen zu sein, wenn es auch sein könnte, daß die von beiden Armeen unternommenen Vertuschungen das Bild verzerren."

(S. 108 - 109)

Neben zahllosen Willkürakten, wie auch bei Bacque auf den Seiten 109 - 110 noch weiter in Einzelheiten beschrieben, ist jedoch auch der Hilfsbereitschaft einiger französischer Offiziere und der französischen Zivilbevölkerung zu gedenken.

Die US Army überführte auch deutsche Gefangene an die Franzosen in Eisenbahntransporten, von denen zahllose während der

CLASSIFIED FOR EXECUTIVE ORDER 12958, SECTION 1.1. 775008

RESTRICTED

WEEKLY REPORT ON THE STATUS OF THE GERMAN PRISONERS OF WAR IN FRANCE

Office of the Theater Prisoner of War Administration

1. US Captives (POW) not including British, French and 10,000 by 10,000 in Western France ... 1,193,767

2. Evaluated to 11 by US ... 1,193,767

3. Not transferred to British Ownership ... 100,000

4. Transferred to French Ownership ... 52,000

5. Transferred to other Allies, Special Nationals ... 20,000

6. Transferred to Civil Authorities ... 13,762

7. Repatriations ... 1,000

8. Deaths ... 4,700

9. Total All British under 10-50 agreement ... 1,200,349

Weekly Report as of 2 June 1945

Total on Previous Report	Since Last Report	Accumulated Totals From 1 June 1945	Initial Report
1. Rec'd from Allies			
2. Rec'd from US			
3. Rec'd to US Ownership			
4. Rec'd to other Allies			
5. Rec'd to Civil Auth.			
6. Deaths			
7. Rec'd to Allies			
8. Rec'd to US Ownership			
9. Discharges			
a. Military		2,014	
b. Agricultural		1,171	
c. Transportation		713	
d. Women		813	
e. 20 yrs or over		443	
f. Medical			
g. Civilian Police		1,001	
h. Other		21,713	
i. Total		34,314	
10. PWs on hand in US at 1 June 1945			
Channel	11,209	216	11,425
Delta	29,227	730	44,978
Normandy	34,800	3,541	125,232
Other	124,599	11,754	422,574
U. S.	2,044	2,016	879,345
TOTALS	649,841	22,926	925,794
11. PWs on hand in US at 2 June 1945			
Channel	11,209	216	11,425
Delta	29,227	730	44,978
Normandy	34,800	3,541	125,232
Other	124,599	11,754	422,574
U. S.	2,044	2,016	879,345
TOTALS	649,841	22,926	925,794
12. PWs on hand in US at 2 June 1945			
Channel	11,209	216	11,425
Delta	29,227	730	44,978
Normandy	34,800	3,541	125,232
Other	124,599	11,754	422,574
U. S.	2,044	2,016	879,345
TOTALS	649,841	22,926	925,794

RESTRICTED

Fahrt verstarben und andere sogleich in Lazarette überführt wurden.

"Die Züge, mit denen diese Gefangenen von Deutschland nach Frankreich transportiert wurden, waren in so schlechtem Zustand, daß die kommandierenden Offiziere ständigen Befehl hatten, sie nicht in französischen Bahnhöfen halten zu lassen, um zu verhindern, daß die Zivilisten sahen, wie die Gefangenen behandelt wurden." (S. 110)

Dem IKRK-Delegierten **Jean-Pierre Pradervand**, der im Spätsommer 1945 in Frankreich eintraf, um die Gefangenenlager zu inspizieren, verdanken wir international sich auswirkende Initiativen und erhaltene Dokumente: Im Lager Thorée-les-Pins bei La Flèche, das mit 20.000 Gefangenen belegt war, fand er 2.000 Mann, die nicht mehr zu retten waren; 20 starben am Tag seines Besuches (S. 111 + 118); für weitere 6.000 schätzte er bei gleichbleibenden Verhältnissen eine Lebensdauer von höchstens wenigen Monaten. Alle waren bereits unterernährt von den Amerikanern übergeben worden. Einen Appell an die französische Regierung ignorierte General De Gaulle (S. 112). Pradervands Bericht an die US-Regierung ist erhalten geblieben. Hier einige Auszüge:

"Internationales Komitee Rotes Kreuz erhält von seinen Delegierten Frankreich beunruhigende Berichte. Gesundheit tausender deutscher Gefangener verlegt aus amerikanischen Lagern und französischen Behörden unterstellt im Juli, August. Große Zahl von Gefangenen verlegt hauptsächlich aus Lagern in Frankreich wie group Normandy base, Delta base und CCE 15 Le Croutoy. Französische Lager erklären extreme Schwäche infolge langer Unterernährung, so daß von französischen Behörden geplanter Einsatz bei Arbeitsabteilungen unmöglich. Gewahrsamsbehörden fehlen erforderliche Mittel zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit. Unter Bezug auf Memorandum vom 21. August 1945 ersucht Internationales Komitee Rotes Kreuz Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich erforderliche Sofortmaßnahmen zu ergreifen ..." (S. 113)

Im September 1945 veröffentlichte die französische Zeitung **Figaro** einen ersten Bericht, der Absperrungen und Zensur durchbrach. Der französische General Buisson, dem die französischen Lager unterstanden, hatte zugegeben, daß den Gefangenen täglich lediglich 900 Kalorien zugebilligt wurden, eine Ration, von der er meinte, sie reiche soeben aus, daß ein Mensch, der sich nicht bewegt, "nicht allzu schnell stirbt". Vorgelegte Fotos von den zum Skelett abgemagerten und total verkommenen Gefangenen durften nicht veröffentlicht werden und sind auch seither nicht mehr auffindbar. (S. 116) Es war zu dieser Zeit, da Eisenhower bekanntgab, Überstellungen von weiteren Gefangenen an die Franzosen würden aufgeschoben. Das Gegenteil war der Fall:

"Die Überstellungen wurden nicht eingestellt, nicht einmal dann, als die Franzosen selbst um eine Suspendierung wegen der kalten Witterung baten. Am 19. Oktober wurden 15.000 Gefangene von der US Army von Würzburg aus in ein französi-

sches Lager geschickt. Die Zustände in den französischen Lagern waren damals ungefähr die gleichen wie früher. ...

Es erging Befehl, mindestens 20.000 weitere deutsche Gefangene am 29. November zu transferieren; sie sollten Kohle für die Franzosen abbauen. Weitere 100.000 waren zum Jahresende unterwegs, trotz des Hungers und trotz der Erbarmlichkeit der französischen Lager. Bis tief in das Jahr 1946 hinein gingen die Überstellungen weiter, und Männer starben weiter an Hunger und Krankheit in den französischen Lagern. ...

Mit welchem Zynismus das Rote Kreuz und Pradervand von der Armee behandelt wurden, war deutlich an den Lagerhäusern in Europa zu sehen, die noch immer die proteinhaltigen 13.500.000 Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes enthielten, die im Mai vom IKRK übernommen und nie verteilt worden waren. Am 17. November fragte sich die Armee immer noch, was sie eigentlich damit anfangen sollte." (S. 128 - 129)

General De Gaulle schwieg weiter, vermied er doch Vorwürfe gegen die Amerikaner, um

a) schwere Gefangenenmißhandlungen durch seine eigene Armee zu vertuschen und

b) um die großen Verbündeten nicht zu verärgern, konnten sie ihm doch die nach wie vor gewaltigen Mengen an Waffen und Lebensmittel, aber auch ihre Unterstützung in der Deutschlandpolitik versagen.

In der Tat: Niemand informierte die Öffentlichkeit über die elenden Verhältnisse, in denen die deutschen Kriegsgefangenen gehalten wurden: Kein Journalist oder Politiker in Frankreich, in den USA, in Großbritannien, der UdSSR, von den kleinen Ländern und den deutschen Lizenzträgern ganz zu schweigen. Nicht einmal das Rote Kreuz! Selbst Pradervand, so schreibt Bacque,

"absolviert seinen kurzen Auftritt in der Geschichte und verschwindet dann wieder." (S. 132)

Nicht unerwähnt bleibe, daß die Franzosen die deutschen Gefangenen nicht nur für Wiederaufbauarbeiten angefordert hatten: sie ließen sie zuweilen extra hungern, um Freiwillige für ihre Fremdenlegion werben zu können. Diese wurden später in Indochina in einen aussichtslosen Kampf geworfen.

"Die Franzosen zogen geringen Nutzen aus ihren Verhungernden. Im Januar 1946 arbeitete nominell mehr als ½ Million Mann in Frankreich für die Armee oder die zivile Wirtschaft. Die meisten dieser Männer, unterernährt, schlecht gekleidet, schwach, arbeiteten mit weit unter dem Normalen liegender Leistungsfähigkeit. Weitere 124.000 waren so krank, daß sie nicht arbeiten konnten." (S. 138)

Von den 1.072.629 deutschen Gefangenen in französischer Hand wurden in den *Notes Documentaires et Études* des Staatssekretariats zwischen 240.000 und 314.241 entweder gar nicht aufgeführt oder unter der Rubrik *Pour Raisons Diverses* (Verloren aus verschiedenen Gründen) ausgewiesen, -- jedenfalls sind sie unter französischer "Obhut" zu Tode gekommen (S. 152), ein Tatbestand, der entgegen allen anderen Registrierungen bewußt aus den französischen Archiven getilgt wurde (S. 152 - 155).



Die wesentlichen Lager in Frankreich + Belgien

Die wesentlichen alliierten Lager in Deutschland

1 Buchenwald	13 Mauthausen	25 Gurs	37 Vélizy-le-François	1 Bielefeld	12 Ingolheim	23 Augsburg
2 Drancy	14 Ambloy	26 Les Milles	38 St. Menehould	2 Rastatt	13 Heilbronn	24 Gießen
3 Aichsen	15 Boulogne	27 Caen	39 Metz	3 Wuppertal	14 Bielefeld	25 Landshut
4 Cherbouge	16 Sables	28 Le Vernet d'Arège	40 Brumath	4 Köln	15 Bad Kreuznach	26 Plauen
5 Delta Base	17 St. Médard-en-Jalles	29 Rivesaltes	41 Saarbrücken	5 Kempten	16 Mannheim	27 Rastatt
6 Alençon	18 Gernonville	30 Marseille	42 Sarrebr.	6 Straßburg	17 Würzburg	28 Bad Schönbach
7 Rennes	19 Angers	31 Aubagne	43 Orléans	7 Breitenburg	18 Heilbronn	29 Gießen
8 Evron	20 Dammegny	32 Mauthausen - St. Louis	44 Metz	8 Andernach	19 Neu-Ulm	30 Münster
9 Champigny	21 Flouville	33 Colmar	45 Nancy	9 Rastatt	20 Burgau	31 Bremen
10 Orléans	22 La Rochelle	34 Langres	46 Erlangen	10 Rastatt	21 Ingolstadt	32 Aachen
11 Thionville	23 Bayonne	35 Brionne-la-Claye	47 Mins	11 Rastatt	22 Regensburg	
12 Mauthausen	24 Bayonne-Beyle	36 Mauthausen	48 Orléans	12 Rastatt		



Nachdem der Massenmord in Europa organisiert war, kehrte Eisenhower zu den Seinen zurück, begrüßte als ersten den jüdischen Bürgermeister von New York, La Guardia, und wurde anschließend von 4 Millionen Menschen als "siegreicher Feldherr" gefeiert. -- *Life*, 2.7.1945

In den Besatzungszonen und Frankreich gab es mehr als 200 US-"Käfige" und mehr als 1.600 französische Lager.

Das ganze Geschehen verheimlicht -- Akten nahezu total vernichtet

"Die Amerikaner und Franzosen brauchten nichts weiter zu tun, als die große Zahl zu unterdrücken, um zu verhindern, daß sich die Kenntnis von ihrem Verbrechen ausbreitete, oder zur Geschichte wurde. Dies zu tun, war leicht für sie, denn sie waren die einzigen, die die große Zahl kannten. So geschah es....

Deshalb lieferten sie die **kleine** Zahl. Diese Zahl war so klein, daß niemand ... sie auch nur einen Augenblick lang glauben konnte." (S. 168)

Die Amerikaner teilten z.B. der Stadt Rheinberg die Zahl von 614 Verstorbenen im nahegelegenen "Käfig" mit, eine Zahl, die 30x größer gewesen sein muß. Dies war symptomatisch auch für alle anderen Auskünfte. Niemand aus Öffentlichkeit und Politik hinterfragte derartige Angaben.

"Warum hat kein Deutscher dies alles ans Licht gebracht? Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biografien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in 4 Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine intelligente öffentli-

che Meinung über das Thema, weil es verboten war, sie auszudrücken. Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen." (S. 177)

Wurden bereits von SHAEF die Totenzahlen für die Verwaltungsbehörden der Armee gefälscht, so erst recht jene für die Öffentlichkeit. Auch das IKRK erhielt von den USA falsche Statistiken. Es wurden ihm kurzerhand 1,8 Millionen Gefangene weniger, als in Wirklichkeit eingebracht, mitgeteilt, somit brauchte man sie nicht als "in Gefangenschaft verstorben" auszuweisen (S. 181). Das Bundesarchiv in Koblenz erhielt amtliche US-Archiv-kopien; sie versorgten die umzuerziehenden Nachwuchskräfte. Zu ihnen gehörte auch Prof. Erich Maschke mit seiner 22 Bände umfassenden Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die -- obwohl von der Bundesregierung in Auftrag gegeben -- jahrelang nach Drucklegung einem Publikationsverbot unterlag. Bacque schreibt:

"In dem in dieser Reihe erschienenen Buch Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand von Kurt W. Böhme wurde die US Army mit der Erklärung zitiert, die Zahl der insgesamt von den USA im Krieg eingebrachten Gefangenen habe 3.761.431 betragen, was mehr als 2 Millionen weniger sind als die in Wirklichkeit von den USA in Nordafrika, Italien und Nordeuropa insgesamt und tatsächlich eingebrachten Gefangenen. Die US Army erklärte dem deutschen Autor außerdem, daß in Rheinberg in den 8 Wochen der amerikani-

schen Verwaltung des Lagers nur 438 Menschen gestorben seien, was bedeutet, daß die Sterblichkeitsrate ungefähr 3,16% pro Jahr in denselben Wochen war, in denen US-Armeeärzte in Geheimberichten meldeten, daß die Rate in nahegelegenen PoW-Lagern 30,6% pro Jahr betrage.

Die Unsachlichkeit des Autors wird auch an der Tatsache deutlich, daß er Sterblichkeitsraten verschiedener Prozentsätze für 6 Lager angibt, ohne den Zeitraum zu erwähnen, für den diese Rate gilt. Weil die hier zur Diskussion stehende Periode, die wohl nie präzise definiert wurde, weit weniger als 1 Jahr betrug, führt diese Aussage zu einer manipulierten niedrigen

Rate. So bringt uns der Autor zu seiner Schlußfolgerung,

'daß man zwar nicht die genaue Todesrate feststellen könne, daß es aber durchaus keinen Grund gäbe, an Massentötungen zu glauben' " (S. 183)

"Heute hat sich die Vertuschung selbst in Deutschland als so erfolgreich erwiesen, daß der deutsche Forscher, dem ehemalige Gefangene von den Greueln in den Lagern berichtet haben, in den deutschen Archiven allem Anschein nach Beweise dafür findet, daß die Amerikaner die Genfer Konvention entweder befolgt haben oder es zumindest versuchten."

(S. 189)

Das Notstands-Inhaftierungsgesetz von 1950

"Sec. 100. Dieser Titel mag zitiert werden für das 'Notstands-Inhaftierungsgesetz von 1950'.

Faktenfeststellung und Zweckerklärung:
Sec. 101.

Als Ergebnis von Beweisführungen vor verschiedenen Komitees des Senats und des Repräsentantenhauses stellte der Kongreß hiermit fest, daß --

(1) Es gibt eine Bewegung des Weltkommunismus, die in ihren Ursprüngen, ihrer Entwicklung und ihrer gegenwärtigen Praxis eine weltweite Revolutionsbewegung ist, deren Ziel es ist, durch Verrat, Täuschung, Unterwanderung anderer Gruppen (auf Regierungsebene und anderweitig), Spionage, Sabotage, Terrorismus und andere für geeignet erachtete Mittel in allen Ländern der Erde eine totalitäre kommunistische Diktatur zu errichten und zwar mit Hilfe einer weltweiten kommunistischen Organisation.

(13) Die kürzlichen Erfolge der kommunistischen Methoden in anderen Ländern und die Art und Kontrolle der kommunistischen Weltbewegung bergen eine klare und gegenwärtige Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und die Existenz aller freien amerikanischen Institutionen in sich. Sie machten es notwendig, daß der Kongreß, um die gemeinsame Verteidigung, die Souveränität der Vereinigten Staaten als unabhängige Nation und die republikanische Regierungsform für jeden Staat zu gewährleisten, eine angemessene Gesetzgebung einbringt, die einer solchen weltweiten Konspiration gerecht wird und geeignet ist, ihre Absicht in den Vereinigten Staaten zu vereiteln.

(14) Die Inhaftierung von Personen, bei denen begründeter Verdacht besteht, daß sie in einer Zeit inneren Notstandes wahrscheinlich allein oder mit anderen konspirieren, Spionage oder Sabotage betreiben, ist für die gemeinsame Verteidigung, für den Schutz und die Sicherheit des Territoriums, des Volkes und der Verfassung der Vereinigten Staaten lebenswichtig.

(15) Es ist auch wesentlich, daß eine solche Inhaftierung in einem Notstand, der die innere Sicherheit der Nation berührt, so autorisiert, durchgeführt, begrenzt und überschaubar gehalten wird, um irgendwelche Eingriffe in die konstitutionellen Rechte und Privilegien irgendwelcher Personen zu verhindern. Und zur gleichen Zeit muß sie so ausreichend wirksam gehandhabt werden, um dem Kongreß und dem Präsidenten die Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Pflichten zu erlauben, wie die gemeinsame Verteidigung sicherzustellen, Krieg zu führen, und die Verfassung, die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu erhalten, zu schützen und zu verteidigen.

Erklärung des "Inneren Sicherheitsnotstandes"

Sec. 102. (a) Im Falle irgendeines der folgenden Ereignisse:

(1) Invasion in das Gebiet der Vereinigten Staaten oder ihrer Besitzungen,

(2) Kriegserklärung durch den Kongreß, oder

(3) Aufstand innerhalb der Vereinigten Staaten mit Hilfe eines ausländischen Feindes, und für den Fall, daß der Präsident bei Vorliegen eines oder mehrerer der genannten Punkte feststellen sollte, daß die Proklamation eines Notstandes gemäß dieses Abschnitts wesentlich ist für die Erhaltung, den Schutz und die Verteidigung der Verfassung und für die gemeinsame Verteidigung und Sicherheit des Territoriums und der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, der Präsident autorisiert ist, das Vorliegen eines "Inneren Sicherheits-Notstandes" zu verkünden.

(b) Die Proklamation des "Inneren Sicherheits-Notstandes" (weiterhin als "Notstand" bezeichnet) soll so lange in Kraft bleiben, bis sie durch eine Erklärung des Präsidenten oder durch eine entsprechende Entschliebung des Kongresses beendet wird.

Sec. 103 (a)
Wann immer ein solcher Notstand eintreten sollte, ist der Präsident, der sich des Generalstaatsanwaltes bedient, hiermit bevollmächtigt, jede Person festzunehmen und auf Befehl gemäß den Vorkehrungen dieses Gesetzes zu inhaftieren, gegen die ein vernünftiger Grund vorliegt zu glauben, daß eine solche Person sich wahrscheinlich engagieren oder wahrscheinlich mit anderen zusammen engagieren wird in Spionage- oder Sabotageakten. ..."

